

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

12. Sitzung des 12. Legislaturperiode vom 01.12.2015

Vorsitz	Ratspräsidentin	Sigrun Sommer
Anwesend	Gemeinderat	31 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident Stadtrat	René Huber Max Eberhard Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Rebekka Schütz
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	René Roser
	Stadtrat	Priska Seiler Graf
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 20:25 Uhr	

Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Peter Nabholz (FDP); Interpellation zur Erweiterung Fussballanlage Stighag (2976)
- 4 Privater Gestaltungsplan "Egetswil Zentrum" (736)
- 5 Entschädigungsverordnung; Teilrevision Feuerwehr, Anpassung Entschädigung Feuerwehr (3057)
- 6 Voranschlag 2016 und Festsetzung Steuerfuss 2016 (3042)

Die letzte Sitzung mussten wir im offenen, grossen Saal durchführen, weil man die Saaltrennelemente nicht schliessen konnte. Das Mikrofon habe ich damals benötigt, weil ich so erkältet war. Die Resonanz auf das Mikrofon und die Sitzordnung war recht gut und wir probieren nun beabsichtigt aus, wie es ist, wenn wir im grossen Saal tagen. Wir sind insgesamt im Saal weiter nach hinten gerutscht, damit die Gäste auf der Tribüne uneingeschränkte Sicht auf alle Gemeinderäte haben. Die Stadträte und die Presse wollte wir aus der Flucht des Präsidiumspodestes nehmen – die ist noch nicht ganz gelungen, wir müssen mit dem Präsidiumspodest noch etwas nach hinten – damit sie auch eine bessere Übersicht haben. Das Publikum auf der Tribüne, der Stadtrat, die Presse und auch wir vom Präsidium, die wir direkt im Rücken der Redner sitzen, hatten immer wieder Schwierigkeiten, die Redner zu verstehen. Mit dem Mikrofon wollen wir dem entgegen wirken und habe darum eines auch am Rednerpult installiert. Die neue Anlage hat schon an der letzten Gemeinderatssitzung ihre Qualitäten bewiesen und ist bestens eingestellt. Unsere Tontechnikerin ist Rebekka Schütz. Ich möchte euch, da wir ja neu mit dem Mikrofon arbeiten, unbedingt bitten, mit ganz normaler Stimme zu sprechen, so wie wenn ihr mit jemandem gegenüber sprechen würdet.

Die heutige Sitzung mit der Budgetdebatte wird vermutlich lang aber nicht übermässig lang. Ich habe darum keine Pause eingeplant, möchte euch aber alle anschliessend an die Sitzung zu einem kleinen Umtrunk im Restaurant Schluefweg einladen.

Entschuldigt sind Gemeinderat René Roser und Stadträtin Priska Seiler Graf. Stadtrat Mark Wisskirchen kommt so schnell wie möglich, er steckt im Stau.

Ihr habt alle eine E-Mail von unserer Stadträtin Priska Seiler Graf erhalten, aber für die Presse und die Gäste möchte ich ihre Abwesenheit doch noch schnell ausführen: Unsere frischgebackene Nationalrätin wollte heute eigentlich unbedingt dabei sein, da es doch die wichtigste Sitzung des Jahres ist. Die Session hat am Montag begonnen, sie hatte dies zwar schon eingeplant, dass sie heute kommt, hat dann aber eine Einladung der Bundesrätin Simonetta Sommaruga erhalten, die alle neuen Nationalräte für heute Abend eingeladen hat. Das konnte sie schlicht nicht absagen. Sie lässt sich vielmals entschuldigen und es ist nicht so, dass ihr dies heute nicht wichtig wäre.

Ich stelle fest, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung fristgerecht versandt wurden und die Aktenaufgabe ordnungsgemäss erfolgt ist.

Reto Schindler, Grüne, Rico Käser und Tina Kasper, SVP, werden als Mitglieder der Feuerwehr Kloten aus Gründen der Befangenheit beim Traktandum 5 Entschädigungsverordnung; Teilrevision Feuerwehr, Anpassung Entschädigung Feuerwehr (3057) in den Ausstand treten. Sowie aber auch generell für alle Anträge bezüglich der Kontogruppe 5260 Feuer-, Oel- und Chemiewehr kommen könnten.

Reto Schindler wird als Angestellter der Stadt Kloten zusätzlich bei allfälligen Anträgen betreffend der Kontogruppen 5210 Lebensraum, 5250 Abfallentsorgung und 5280 Baupolizei wegen Befangenheit in den Ausstand treten.

Da Tina Kasper eine der beiden Stimmzähler ist, wird der SVP-Gemeinderat Sven Heinzelmann während ihrem Ausstand falls nötig das Stimmen zählen übernehmen.

Gibt es Einwände gegen die vorliegende Traktandenliste?
Keine Wortmeldung.

1

Protokollgenehmigung

Gegen das Protokoll Nr. 11 vom 6. Oktober 2015 sind in der vorgegebenen Zeit keine Einwände eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Aus der Ratsleitung:

Marcel Schmid, ein stimmberechtigter Einwohner Klotens, hat einen Antrag an die Ratsleitung gestellt, ob unsere Gemeindeordnung ergänzt werden könnte. Es geht um den Artikel 10 über die Initiativen, konkret den Absatz 5. Herr Schmid hat angeregt, den Artikel mit einem Zusatz zu ergänzen, der die abschliessende Behandlung einer eingereichten Initiative regelt, wenn die geforderten 300 Unterschriften nicht zusammen gekommen sind. Die Ratsleitung hat diese Anfrage geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass eine allgemein abgestützte Initiative in der Stadt Kloten mit 18'500 Einwohnern 300 gültige Unterschriften erreichen sollte. Zum Vergleich als Beispiel (es ist zwar eine Petition gewesen): Maja Hiltbrand hat für das Lehrschwimmbecken Nägelimoos über 1'000 Unterschriften sammeln können. Die Ratsleitung ist darum der Ansicht, dass eine Initiative die 300 Unterschriften bekommen können müsste, wenn sie wichtig genug ist. Sollte dies trotzdem nicht gelingen, dann steht dem Initianten die Möglichkeit frei, über eine Einzelinitiative sein Begehren einzureichen. Es besteht darum für die Ratsleitung kein Handlungsbedarf. Herr Schmid wird im Verlauf der kommenden Woche entsprechend schriftlich informiert.

Die Ratsleitung hat die Gemeinderats- und die Ratsleitungs-Sitzungs-Termine für das Jahr 2017 festgelegt. Ihr erhaltet diese Informationen bis Ende Woche per E-Mail. Ebenfalls wird die Ratssekretärin die Daten 2016 zur Erinnerung mitsenden.

Aus dem Gemeinderat

Suzanne Rieder wird den Gemeinderat leider per 31.3.2016 verlassen. Wer als Nachfolger/-in feststeht, hat sie noch nicht mitgeteilt, aber das hat ja noch etwas Zeit. Dies als offizielle Information.

Peter Nabholz (FDP); Interpellation zur Erweiterung Fussballanlage Stighag (2976)

Am 23. Februar reichte Gemeinderat Peter Nabholz (FDP) eine Interpellation unter dem Titel Erweiterung Fussballanlage Stighag mit folgendem Wortlaut ein und begründete diese am 5. Mai 2015 im Gemeinderat:

Am 17. Juni 2012 hat das Stimmvolk dem Kredit zur Erweiterung der Fussballanlage Stighag zugestimmt. In der Weisung zur Gemeindeabstimmung bzw. im Beschluss des Gemeinderates vom 6. März 2012 zu Handen der Urnenabstimmung wurden folgende vier Vorgaben festgehalten:

Subventionsbeitrag ZKS

Ein Gesuch um Subventionen wird durch den Bereichsleiter Freizeit + Sport beim Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) eingereicht.

Berücksichtigung KASAK, Finanzielle Unterstützung SFV

Durch die regelmässige Benutzung der Fussballanlage Stighag durch den Schweizerischen resp. Kantonalzürcherischen Fussballverband (Frauennationalmannschaft, Cupfinal etc.) konnte sich die Anlage nicht nur kantonal einen sehr guten Ruf verschaffen. Diese Zusammenarbeit soll mit der Anlagenerweiterung vertieft werden. Eine Berücksichtigung im Kantonalen Sportanlagenkonzept und damit eine finanzielle Unterstützung des Projektes durch den Fussballverband wird angestrebt.

Anpassungen Mietvertrag mit Hauptmieter FC Kloten

Nebst der einmaligen Kostenbeteiligung des FC Kloten von Fr. 200'000 (Fr. 150'000 als Darlehen der Stadt, rückzahlbar innert 15 Jahren) wird auch der bestehende Vertrag zwischen der Stadt Kloten und dem FC Kloten bis zur Inbetriebnahme des Kunstrasenfeldes ergänzt und angepasst. Die Miete steigt proportional zur Steigerung der jährlichen betrieblichen und personellen Folgekosten von Fr. 205'000.

Anpassung Betriebskonzept

Das Betriebskonzept ist anzupassen. Dem Stadtrat werden genaue Vergleichszahlen betreffend Rasenunterhalt und –renovation, Variante Fremdvergabe bzw. Variante Eigenleistung Stadt, vorgelegt.

Nebst diesen vier Vorgaben wurde die Fussballanlage Stighag in der Weisung zur Gemeindeabstimmung ausserdem als Vorzeigeprojekt bezeichnet, das über die Region und den Kanton hinaus geschätzt und gelobt wird. Dies lässt auf grosse Nachfrage durch Dritte – nebst dem Hauptmieter FC Kloten – schliessen. Eine mögliche zusätzliche Steigerung dieser Nachfrage diene nicht zuletzt als ergänzendes Argument für den millionenschweren Ausbau mit dem Kunstrasenplatz.

Die Erweiterung der Spielfelder durch den neuen Kunstrasenplatz wurde im Oktober 2013 in Betrieb genommen.

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Ausgangslage stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. *Wurde der Subventionsbetrag beim ZKS beantragt und wie hoch fällt dieser aus?*
2. *Wurde die Berücksichtigung im KASAK und damit eine finanzielle Unterstützung durch den SFV beantragt und wie hoch fällt diese aus?*

3. *Wurde der Mietvertrag zwischen der Stadt und dem Hauptmieter FC Kloten frist- und materiell vorgabegerecht angepasst? Wie setzen sich die finanziellen Verpflichtungen des Hauptmieters FC Kloten gemäss neuem Mietvertrag im Einzelnen zusammen? Wir bitten um detaillierte Aufstellung*
4. *Wurde das Betriebskonzept frist- und materiell vorgabegerecht angepasst? Welche wesentlichen Erkenntnisse haben im Einzelnen zu welchen konkreten Änderungen geführt?*
5. *Soweit einzelne der vier genannten Vorgaben noch nicht erledigt sein sollten: Was ist der Grund dafür und wie wird die Kontrolle von pendenten Arbeiten durch den Stadtrat sichergestellt?*
6. *Wird die Fussballanlage Stighag nebst der Benutzung durch den Hauptmieter FC Kloten an Dritte fremdvermietet, sei es für wiederkehrende Belegungen oder einzelne Anlässe? Generiert die Stadt Kloten als Eigentümerin entsprechende zusätzliche Mieteinnahmen?*

Der Stadtrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Antwort zu Frage 1:

Der Subventionsbeitrag wurde am 15. Januar 2013 durch den Bereichsleiter F+S fristgerecht eingereicht und vom Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) am 17. Januar 2013 bestätigt. Am 23. Dezember 2013 kam der Unterstützungsbescheid der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich mit der Mitteilung, dass das Projekt mit Fr. 170'000 aus dem kantonalen Sportfonds unterstützt wird.

Antwort zu Frage 2:

Am 30. Oktober 2013 beantragte der Bereichsleiter F+S per Erhebungsbogen des ZKS zur Aktualisierung des KASAK ZH-Katalogs unter anderem die Aufnahme der Fussballanlage Stighag. Der aktualisierte KASAK ZH-Katalog wurde vom Vorsteher der Sicherheitsdirektion Regierungsrat Mario Fehr verfügt und trat per 1. September 2014 in Kraft. Darin wurden zusätzlich zur SWISS Arena und der Sporthalle Ruebisbach nun auch die Fussballanlage Stighag und die Beachvolleyballanlage Schluiefweg definitiv aufgenommen.

Eine Subventionierung des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV) hängt nicht mit der Aufnahme einer Sportanlage im KASAK ZH-Katalog zusammen. Sportverbände zahlen keine Subventionen an Sportanlagen, sondern zahlen für die Miete einer Anlage und dies in Anlagen, die ihnen am besten ins Konzept passen und das zu möglichst niedrigen Preisen. Aus diesem Grund wurde auf einen Antrag verzichtet.

Antwort zu Frage 3:

Der Mietvertrag zwischen der Stadt Kloten und dem FC Kloten ist in Arbeit und wurde noch nicht endgültig angepasst, deshalb können auch die neuen finanziellen Verpflichtungen des Mieters nicht im Detail erläutert werden. Für die Jahre 2014 und 2015 werden dem FC Kloten für die Benützung der Anlage im Sinne einer Übergangslösung bis der neue Vertrag in Kraft tritt, ein jährlicher erhöhter Pauschalbetrag in der Höhe von Fr. 40'000 verrechnet.

Vom genehmigten Darlehen über Fr. 200'000 konnten dem FC Kloten bereits Fr. 80'000 in Rechnung gestellt werden. Die weiteren Fr. 120'000 werden in den nächsten 15 Jahren mit der Jahresabrechnung zu je Fr. 8'000 jährlich verrechnet.

Das definitive Vertragswerk, gültig ab 1. Januar 2016 wird noch im Jahr 2015 durch den Stadtrat genehmigt werden. Die im Kreditbeschluss des Gemeinderates Nr. 63-2012 vom 06. März 2012 formulierten Erhöhungen werden dabei umgesetzt.

Dabei ist zu beachten, dass der FC Kloten auch wertvolle integrative und soziokulturelle Leistungen für die Stadt Kloten erbringt. Mit dem neuen Mietvertrag muss es dem FC Kloten möglich sein, sein Vereinsleben und die Jugendförderung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Antwort zu Frage 4:

Das Betriebskonzept ist sehr eng mit dem Mietvertrag verbunden und demnach ebenso noch nicht abgeschlossen. Die in den ersten beiden Betriebsjahren gemachten Erfahrungen werden darin einfließen und dazu dienen die Anlage kostengünstiger zu unterhalten.

Antwort zu Frage 5:

Die Gründe, dass die Anpassungen des Mietvertrages und des Betriebskonzeptes noch nicht erfüllt wurden sind folgende:

- Erfahrungswerte mit der Anlage: Der Kunstrasenplatz wurde wohl im Oktober 2013 in Betrieb genommen, das Garderobengebäude jedoch erst im Frühjahr 2014. Das Handling (Pflege und Unterhalt) mit dem Kunstrasen war für das Personal noch nicht bekannt. Aufgaben und Arbeitszeit mussten neu wahrgenommen werden. Die Kosten für Unterhalt und Instandhaltung waren abzuwarten, bevor man die Vorgaben der Weisung entsprechend abrechnen kann.
- Grossprojekt Sanierung Freibad: Von September 2014 bis Ende Juni 2015 war das Freibad wegen der Sanierungsarbeiten gesperrt. Die Arbeitsbelastung des Kaders inkl. Bereichsleiter F+S als Betreibervertreter bzw. als Nutzervertreter während der Sanierungsphase und zwar schon vor September 2014 war ausserordentlich hoch und anspruchsvoll. Es fanden zwar im gesamten Jahr 2014 sowie im Jahr 2015 immer wieder Gespräche zwischen Vertretern des FC Kloten und dem Bereich F+S statt, aber zu einem endgültigen Ergebnis kam es noch nicht. Die offene Vertragssituation soll noch im Jahr 2015 abgeschlossen sein.
- Komplexität der Aufgabe an und für sich: Das Betriebskonzept und die Subventionierung des FC Kloten musste grundsätzlich überdacht werden, da die Umsetzung des zurzeit gültigen Betriebskonzeptes sowie des Vertrages kaum möglich ist bzw. nur sehr aufwendig umgesetzt werden kann.

Antwort zu Frage 6:

Die Fussballanlage Stighag soll nebst der Benutzung durch den Hauptmieter auch an Dritte vermietet werden. Momentan, mit der Gültigkeit des bestehenden Mietvertrages zwischen Stadt Kloten und FC Kloten generiert die Stadt keine zusätzlichen Mieteinnahmen, im neuen Vertrag sind Änderungen in dieser Hinsicht vorgesehen.

Stellungnahme des Interpellanten:

Peter Nabholz, FDP:

Bevor ich zu den Beantwortungen meiner Fragen Stellung nehme, weise ich darauf hin, dass die Mitunterzeichnenden und ich diesen Vorstoss im Frühjahr 2015 eingegeben hatten. Er ist erst vor kurzem gegenüber dem Gemeinderat beantwortet worden. Die Vorgabe von 3 Monaten ist gemäss dem Geschäftsreglement Art. 56 litt. 2 hier nicht eingehalten worden. Im Rahmen der Beantwortungen werden wir sehen, dass sich Verspätungen und nicht eingehaltene Versprechungen im Bereich der Erweiterung der Fussballanlage im Bezug auf vertragliche und nutzungsbedingte Vereinbarungen häufen. Trotzdem danke ich der Stadt für die Beantwortung der vier Fragen, obwohl ich mit den meisten der Beantwortungen gar nicht zufrieden bin.

Die vier Fragen sind auf die Weisung anlässlich der Abstimmung vom 17. Juni 2012 bezogen, bei welcher das Stimmvolk der Erweiterung des Stighag zugestimmt hat.

Ich komme zur ersten Frage: Ist der Subventionsbetrag beim ZKS beantragt und wie hoch fällt dieser aus?
Der Subventionsbetrag scheint rechtzeitig und fristgerecht eingereicht worden zu sein, meiner Meinung nach okay, besten Dank für diese Information. Ich nehme an, die Fr. 170'000.00 werden anlässlich der noch fälligen Bauabrechnung für den Stighag abgerechnet.

Frage 2: Wurde die Berücksichtigung im KASAK und damit eine finanzielle Unterstützung durch den SFV beantragt und wie hoch fällt diese aus?

Ich beziehe mich bei dieser Stellungnahme auf den zweiten Teil der Beantwortung:

In der Abstimmungsweisung unter dem Titel Subventionsbeiträge litt. B Seite 11 (wenn man es in A4 ausdrückt) steht geschrieben: „Eine Berücksichtigung im kantonalen Sportanlagekonzept und damit eine finanzielle Unterstützung des Projektes durch den Fussballverband wird angestrebt.“ Jetzt nimmt der Stadtrat Abstand von diesem Sachverhalt, indem er darauf hinweist, dass die Subventionierung erstens nicht mit der Aufnahme der Sportanlage im KASAK-Katalog zusammenhänge und zweitens, dass Sportverbände keine Subventionen an Sportanlagen zahlen und darum der versprochene Antrag nicht gestellt worden ist. Warum wurde dieser in die Abstimmungsweisung geschrieben, wenn er gemäss dem Stadtrat gar nicht umgesetzt werden kann?

Frage 3: Wurde der Mietvertrag zwischen der Stadt und dem Hauptmieter FC Kloten frist- und materiell vorgabegerecht angepasst? Wie setzen sich die finanziellen Verpflichtungen des Hauptmieters FC Kloten gemäss dem neuem Mietvertrag im Einzelnen zusammen? Wir bitten um detaillierte Aufstellung.

Aus der Beantwortung erfahren wir, dass dieser Vertrag bis zum heutigen Termin nicht angepasst worden ist. In den Abstimmungsunterlagen unter dem Titel „Vertrag mit FC Kloten“ auf der Seite 11 sollte der bestehende Mietvertrag zwischen dem FC und der Stadt Kloten bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Kunstrasenfeldes (das war im Oktober 2013), ergänzt und angepasst werden. Erst nach mehrmaligem Nachhaken von den Verantwortlichen des FC, welche auf eine finanziell nachhaltige Lösung zu dieser Veränderung gedrängt haben, ist erst kürzlich ein jährlicher Pauschalbetrag von Fr. 40'000.00 vereinbart worden.

Zur der Frage 4: Wurde das Betriebskonzept frist- und materiell vorgabegerecht angepasst? Welche wesentlichen Erkenntnisse haben im Einzelnen zu welchen konkreten Änderungen geführt?

Da das Betriebskonzept gemäss der Beantwortung eng mit dem Mietvertrag zusammenhängt, ist auch das – entgegen den wiederholten Versprechungen gegenüber dem FC anlässlich von Budgetprüfungen und auch gegenüber dem Souverän – noch immer nicht beschlossen. Zweieinhalb Jahre nach der Abstimmung und einem laufenden Betrieb.

Zu der Frage 5: Soweit einzelne der vier genannten Vorgaben noch nicht erledigt sein sollten: Was ist der Grund dafür und wie wird die Kontrolle von pendenten Arbeiten durch den Stadtrat sichergestellt?

Es wird in der Beantwortung nach Erklärungen gesucht. Fakt ist: Zwei Aufträge sind nicht erledigt worden, ein Auftrag ist – trotz anderslautenden Angaben in der Abstimmungsweisung – beedigt worden.

Zu den erwähnten Gesprächen in der Antwort:

Kurt Hottinger, SVP, und Heiri Brändli, EVP, sind mit mir als Dossierleiter in der GRPK zuständig für den Bereich Freizeit und Sport. Wir haben bereits beim Voranschlag für das Jahr 2015 die Verantwortlichen auf diesen Missstand angesprochen. Uns wurde damals im November 2014 versichert, dass die Pendenz Mietvertrag und das Betriebsreglement bis spätestens Ende Jahr 2014 erledigt sein werden.

In dieser Beantwortung scheint mir, dass die Stadt den „schwarzen Peter“ an den FC schieben will. Ich zitiere: „Immer wieder Gespräche mit dem FC und keinem endgültigen Ergebnis“. Der FC und die Verantwortlichen sind ja proaktiv auf die Stadt zugegangen, damit man endlich eine Lösung findet. Auch in der Beantwortung das Grossprojekt Sanierung Freibad als Ausrede ins Feld zu führen, ist ein blanker Hohn. Irgendwann, aber ganz sicher spätestens drei Monate vor der Fertigstellung des Kunstrasens, müsste eine vom Volk angenommene Abstimmung wichtig sein und spätestens nach dem „Ja“ von unserem Souverän muss sie dringend werden und im Namen des Volkes abzuschliessen zu sein. Es kann nicht sein, dass wir jetzt, zweieinhalb Jahre später, noch immer keine Lösung haben.

Zum zweiten Teil der 5. Frage: Die Frage nach der Sicherstellung von pendenten Arbeiten durch den Stadtrat ist gar nicht beantwortet worden. Keine Antwort bedeutet für mich, es sind keine Kontrollmechanismen vorhanden. Aufgrund der offensichtlich mangelnden Prioritätensetzung und von der ebenso mangelnden Vorbereitung von Problemstellungen bei komplexen Arbeiten, einerseits bei der Kontrolle durch den Stadtrat und andererseits durch die Geschäftsleitung dieses Bereiches, müsste sich die Stadt überlegen, entweder keine komplexen Aufgaben mehr im Bereich Sport zu übernehmen oder sich der Verantwortung über das zukünftige Vorgehen zu Grossprojekten im Sport bewusst zu werden. Die offene Vertragssituation ist gemäss heutigem Stand noch nicht abgeschlossen. Wir werden per 1.1.2016 wiederum in einen vertragslosen Zustand ohne Mietvertrag und ohne Betriebsreglement hinüber gehen. Meiner Meinung nach hätte die Stadt proaktiver, schon viel länger und von Anfang an auf ein lösungsorientiertes Miteinander mit dem FC setzen sollen und nicht in einem losen Vertragszustand verharren. Sieht so die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und einem ihrer grössten Vereine aus?

Frage 6: Wird die Fussballanlage Stighag nebst der Benutzung durch den Hauptmieter FC Kloten an Dritte weitervermietet, sei es für wiederkehrende Belegungen oder einzelne Anlässe? Generiert die Stadt als Eigentümerin entsprechende zusätzliche Mieteinnahmen?

Gemäss Beantwortung soll die Anlage Stighag auch an Dritte vermietet werden. Da frage ich mich schon, wie im Voranschlag 2014 und 2015 Einnahmen budgetiert werden können, wenn es bis heute keine Preisliste für auswärtige Mieter der Fussballplätze gibt. Auch hier ist der FC wieder in die Bresche gesprungen. Sieht so eine Arbeitsteilung zwischen Partnern aus? Solange der Mietvertrag nicht erstellt wird, solange generiert die Stadt auch keine Mieteinnahmen. Der FC Kloten wird – bei einem nicht vorhandenen Mietvertrag – kaum rückwirkend die verpassten Einnahmehancen der Stadt berappen, was ich übrigens auch verstehe.

Ich komme zum Schluss: Als Gemeinderäte und auch als Mitglieder der GRPK sind die Mitunterzeichnenden und ich uns der Verantwortung bewusst, welche uns anvertraut wird. In diesem Geschäft entsteht für mich der Eindruck, dass bei der Erweiterung der Fussballanlage Stighag die Verantwortlichen sich gegenüber unserem Kloten, dem FC als Vertragspartner, anderen in diesem Geschäft involvierten Parteien und nicht zuletzt dem Souverän ihrer Verantwortung nicht bewusst sind.

Ich hoffe, dass dieser Vorstoss einen Weckruf einleitet, da bereits zu viele Personen sich mit diesem Thema zu lange auseinandergesetzt haben.

Wortmeldung aus dem Rat:

Ueli Streuli, SVP:

Ich danke Peter Nabholz von der FDP für seine Äusserungen, welche in diesem Rahmen grossmehrheitlich von der SVP-Fraktion unterstützt werden. Die SVP-Fraktion hat sich an der vorletzten Sitzung vom 9. November 2015 mit diesem Geschäft befasst und ist ebenfalls mit der Beantwortung und mit der

Nichteinhaltung der Beantwortungsfrist nicht zufrieden. Ich muss deshalb die gemachten Äusserungen von Peter Nabholz nicht nochmals wiederholen.

Noch einige Worte in eigener Sache bzw. als ehemaliger GRPK-Präsident: Bereits im Februar und im März 2014 ist über die Erstellung dieses Mietvertrages zwischen der Stadt Kloten und dem FC Kloten in der GRPK gesprochen worden. Auf Ersuchen von einigen Mitgliedern der damaligen GRPK ist mit dem Bereichsleiter Freizeit + Sport das Gespräch gesucht worden. Anfangs Juni 2014 ist mir versprochen worden, dieser Vertrag stehe bis zu den Sommerferien 2014. Auf der Fahrt an eine Ausbildungsveranstaltung des Gemeinderates und des Stadtrates nach Chur am Samstag, 23. August 2014, hat mir der Bereichsleiter hoch und heilig versprochen, dass der Vertrag bis Ende 2014 unter Dach und Fach sein wird. Wie wir heute wissen und bereits gehört haben, steht dieser Vertrag auch heute, am 1. Dezember 2015, immer noch nicht definitiv.

Was lernen wir aus dieser Geschichte? Der erwähnte Bereichsleiter war und ist bei mir persönlich immer noch hoch im Kurs, obschon bestimmt auch von ihm Fehler in der Priorisierung dieses Vertrages gemacht worden sind. Eine Überbelastung der verantwortlichen Personen durch den Bau des neuen Freibades darf als Ausrede nicht ernst genommen werden. In einer Position eines Bereichsleiters muss man sich entlasten lassen können, wie dies neueren Datums auch in der Bauabteilung geschehen ist. Demgemäss muss in dieser Sache auch den politischen Vorgesetzten ein Ruffel erteilt werden, haben doch diese Personen die Prioritäten auch falsch gesetzt und allenfalls wirklich überbelastete Mitarbeiter – bewusst oder unbewusst – nicht entlastet. Ich hoffe, in dieser Sache haben alle Beteiligten etwas gelernt für die Zukunft. Ich bin übrigens guten Mutes, dass wir auf die Bauabrechnung Erneuerung Freibad nicht zwei Jahre warten müssen.

Wortmeldung aus dem Stadtrat:

Regula Käser, Ressort-Vorsteherin:

Es ist ja nicht so, dass der FC Kloten vertragslos gewesen ist. Der FC Kloten hatte einen Vertrag, einen alten Vertrag und dieser Vertrag ist eingehalten worden. Es ist so, dass der FC Kloten seinen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen ist. Man hat eine Übergangslösung – ist zu lesen gewesen – gemacht mit zweimal Fr. 40'000.00, dieser sind sie nachgekommen. Sie sind auch der Verpflichtung nachgekommen, einen Teil des Darlehens schon zurück zu bezahlen, die Fr. 80'000.00, die in der Antwort stehen – dieses Geld ist geflossen.

Zu der Frage 2, wegen der KASAK: Die Auskunft, die wir erhalten haben, hat uns Peter Knebel gegeben. Er ist vom schweizerischen Fussballverband angestellt. Er ist dort bis im Oktober Sportdirektor gewesen, kann leider wahrscheinlich nicht mehr angefragt werden, weil er zum HSV Hamburg als Sportdirektor gewechselt hat.

Ja es ist lange gegangen, das wissen wir. Aber für das Betriebskonzept muss man ja auch Erfahrungszahlen haben. Ein Betriebskonzept einfach auf dem Papier zu machen, bräuchte ein provisorisches Betriebskonzept. Die Zeit hat es auch gegeben, dass wir ein definitives Betriebskonzept hatten. Und wir haben heute Morgen – der Vertrag, es steht hier drin, er werde am 1.1.2016 in Kraft treten – darüber beraten. Es sind noch ein paar Details zu regeln, aber die Grundpfeiler sind gemacht. Es ist wie bei der Vorlage vor das Volk und vor den Gemeinderat hier innen (und viele von euch waren damals schon dabei am 6. März 2012, als man darüber abgestimmt hat), genau nach diesen Vorlagen wird es gehen. Ob es mehr Einnahmen gibt, auch dem wird man im Vertrag nachkommen. Bis jetzt war es so, dass der FC die Drittvermietungen hatte, also sind die Drittvermietungen zu Gunsten des FC gegangen. Der Vertrag ist jetzt noch in der zweiten Überarbeitung, es werden nochmals Gespräche geführt, um die Feinjustierung auch beim Betriebskonzept zu machen. Wir

werden an der nächsten Stadtratssitzung den Vertrag definitiv absegnen. Und er wird so oder so am 1.1.2016, das sage ich hier drinnen – du kannst vorbeikommen und schauen Peter Nabholz – in Kraft treten.

Keine Abschreibung nötig.

Privater Gestaltungsplan "Egetswil Zentrum" (736)

Ausgangslage

Im Jahre 2007 wurde der private Gestaltungsplan „Egetswil Zentrum“ vom Parlament festgesetzt und anfangs 2008 vom Kanton genehmigt. In der Folge wurde die Wohnüberbauung realisiert und bezogen. Das im Hofbereich gelegene „ehemalige Spritzenhaus“ wurde gemäss Gestaltungsplan für die Neubebauung rückgebaut. Es war vorgesehen, das im Spritzenhaus integrierte Reservoir (Speisung von Laufbrunnen und Reserve für Feuerwehr) aus dem Spritzenhaus in den neuen „Spycher“ zu verlegen. Das Gebäude wurde deshalb als „besonderes Gebäude“ im Sinne des Planungs- und Baugesetzes (PBG) qualifiziert, weshalb darin eine Wohnnutzung ausgeschlossen wurde. Im Laufe der Bauarbeiten zeigte sich, dass das ursprüngliche Reservoir ausserhalb des „Spritzenhauses“ erhalten werden konnte, so dass der „Spycher“ nicht als Reservoir genutzt werden musste. Seither wurde der „Spycher“ für Nebenräumlichkeiten / Hobbyräume genutzt. Seit rund einem Jahr wurde das Gebäude nun für Wohnnutzung genutzt, was gemäss Gestaltungsplan nicht zulässig ist.

Die Wohnnutzung wurde mittels Verfügung durch die Baupolizei unterbunden. Die Eigentümer haben nun den Gestaltungsplan revidiert, so dass das Gebäude in Zukunft auch für Wohnnutzung oder als Arbeitsplatz genutzt werden könnte. Für die entsprechende Umnutzung wird – unter Vorbehalt der rechtskräftigen Genehmigung der Revisionsvorlage – ein Baubewilligungsverfahren durchzuführen sein, in welchem je nach Nutzungsart insbesondere die wohnhygienischen (genügende Fensterflächen) und feuerpolizeilichen Verhältnisse im Detail geprüft werden müssen.

Änderungen

Damit die angestrebte Nutzungsänderung möglich wird, wird um das Gebäude eine neue Mantellinie gelegt, in welcher neu Hauptbauten erlaubt sind. Zudem wird die Höhe des Gebäudes im Gestaltungsplan definiert. Die Änderungen ermöglichen im Vergleich zum heutigen Bestand keine zusätzlichen Gebäude, sondern dienen einzig dazu, eine Umnutzung des Gebäudes zu ermöglichen.

Öffentliche Auflage und Vorprüfung

Die Unterlagen zur Revision des Gestaltungsplanes wurden vom 16. Oktober bis 15. Dezember 2014 öffentlich aufgelegt. Während der Mitwirkungsfrist sind zwei Einwendungen eingegangen. Diesbezüglich wird auf Ziffer 4. des Planungsberichts verwiesen.

Die im Vorprüfungsbericht des Kantonalen Amtes für Raumentwicklung verlangten Änderungen sind in die nun vorliegende Revisionsvorlage eingearbeitet worden.

Wertung durch den Stadtrat

Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass das kleine Gebäude nicht für eine Wohnnutzung geeignet ist. Dies insbesondere aus wohnhygienischer Sicht. Der Stadtrat empfiehlt deshalb dem Gemeinderat, die Änderungen abzulehnen.

Da es sich um die Anpassung eines privaten Gestaltungsplanes handelt, ist das Geschäft dennoch dem Gemeinderat vorzulegen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, die Änderung des Privaten Gestaltungsplans „Egetswil Zentrum“ vom August 2015 abzulehnen.

Heiri Brändli, Referent der GRPK:

Wir haben – wie immer – die Vorlage sehr genau angeschaut. Sehr genau auch deshalb, weil es – für mich zumindest – irgendwie ein Unikum ist. Es ist der erste Gestaltungsplan seit ich in der GRPK bin, den der Stadtrat uns zur Ablehnung dieses Geschäfts bzw. dieses Gestaltungsplanes beantragt. Das hat uns zuerst etwas stutzig gemacht und wir haben das dann ganz genau angeschaut, sehr intensiv und beide Seiten diskutiert und es ist tatsächlich so: Der Gestaltungsplan dient nicht dazu, ein zusätzliches oder neues Gebäude zu bauen. Sondern er dient einzig und alleine dazu, die heute vorhandene Nutzung – ich sage dem mal: Zu legalisieren oder so zu machen, dass es wieder dem Gesetze genüge tut. Wir haben das sehr eingehend geprüft, Pro und Kontra abgewogen und die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat dem Antrag des Stadtrates zu folgen und diesen Gestaltungsplan abzulehnen.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Abstimmung im Rat:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat lehnt die Änderung des privaten Gestaltungsplans „Egetswil Zentrum“ ab.

Ausgangslage

In Art. 5 der Entschädigungsverordnung (EntschVO) vom 3. April 2001 legte der Gemeinderat die Pauschalentschädigungen für die einzelnen Funktionen in der Feuerwehr fest. Den Soldbetrag für Einsätze, Übungen und Sonntagspiketts (Wochenoffizier) wurden dem Stadtrat delegiert, welcher in den Vollzugsbestimmungen der Entschädigungsverordnung (VbEntschVO) vom 20.11.2001 den Sold und die Details festlegte. Obwohl in Art. 5 der EntschVO in Abs. 2 der Gemeinderat den Umfang der Pauschalentschädigung dem Stadtrat zur Regelung überträgt und die Pauschalentschädigung um mehr als die Hälfte reduziert wird, soll der Gemeinderat die neue Entschädigungsregelung der Feuerwehr festlegen. Damit sollen Diskussionen um Finanzkompetenzen vermieden werden.

Antrag und Begründung des Feuerwehrkommandos

Die Entschädigung der Angehörigen der Feuerwehr (AdF) wurde letztmals im 2001 angepasst. Zudem sind ab 1.1.2013 alle Entschädigungen der Feuerwehr, welche den Freibetrag von Fr. 5'000.00 übersteigen und nicht zu den Kernaufgaben der Feuerwehr zählen, AHV-pflichtig. Ein weiterer Nachteil ist, dass die Angehörigen der Feuerwehr nur noch einen max. Betrag von Fr. 5'000.00 bei den Steuern abziehen können, im Gegensatz zu den Behörden, welche gewählt werden und einen Höchstbetrag von Fr. 8'000.00 abziehen dürfen. Somit wurde im 2013 erstmals allen AdF insgesamt Fr. 5'304.10 für die AHV-/ALV-Arbeitsnehmerbeiträge abgezogen. Daher beantragte der ehemalige Stützpunktkommandant in der Fachkommission Sicherheit eine Erhöhung des Soldes von Fr. 53.00 auf Fr. 60.00 und dass die Mindestauszahlung bei einem dringlichen Ernstfalleinsatz auf zwei Stunden angehoben wird, da auch bei einem Fehlalarm die Fehlzeit (Abwesenheit Arbeitsstelle etc.) länger als eine Stunde dauert. Mit der Hinfahrt, Einsatz, Rückfahrt und der Arbeitsaufnahme bzw. Wiederaufnahme der Nachtruhe reicht eine Stunde in den meisten Fällen nicht aus. Zudem wird es immer schwieriger, genügend fähige Feuerwehrleute zu finden, da die Belastung für die AdF immer grösser wird und etliche Arbeitgeber nicht bereit sind, ihre Mitarbeitenden für Einsätze während der angeordneten Arbeitszeit zu entbehren.

Doch die errechneten Mehrkosten mit der vorgeschlagenen Variante hätte eine jährliche Mehrbelastung der Stadtkasse von Fr. 48'000.00 bedeutet. Die Sicherheitsvorsteherin hatte aus diesem Grunde den neuen Kommandanten gebeten, eine kostenneutralere Besoldung vorzuschlagen.

Anpassung bzw. Änderung der VbEntschVO vom 20.11.2001

Weil eine Anpassung der Sold-Entschädigung für die freiwillige Feuerwehr schon seit längerer Zeit gefordert wurde und nötig ist, jedoch aus Spargründen stets schon im Ressort abgelehnt wurde, drängt sich nun mit der zusätzlichen AHV-Regelung dringend eine Anpassung auf. Der neue Kommandant hat dies berücksichtigt und will mit der geänderten Entschädigungsregelung eine gerechtere Entlohnung erwirken.

Pauschalentschädigung (Art. 5 EntschVO)

Funktionäre	2001	2015 *	Anzahl	Summe	2016	Anzahl	Summe	Bemerkungen
Stüpt Kdt	18'500.00	19'610.00	1	19'610.00	15'000.00	1	15'000.00	zusätzlicher Sold
Stv. Stüpt Kdt					4'700.00	1	4'700.00	zusätzlicher Sold
Kdt 1	11'800.00	12'508.00	1	12'508.00				Funktion aufgehoben
Kdt 2 ***	9'800.00	10'388.00	0					Funktion aufgehoben
Aus. Of	4'000.00	4'240.00	1	4'240.00	4'700.00	1	4'700.00	zusätzlicher Sold
Mat. Of bzw. Tech Of	3'500.00	2'120.00	1	2'120.00	4'700.00	1	4'700.00	zusätzlicher Sold
Homepagebetreuer		1'500.00	1	1'500.00		3		in Übungssold integriert
übrige Offiziere (Lt)	2'000.00	2'120.00	10	21'200.00		4		in Übungssold integriert
Stv. Zugchef								in Übungssold integriert
Gruppenchef (Four und Wm)						8		in Übungssold integriert
Stv. Gruppenchef (Kpl und Gfr)						9		in Übungssold integriert
AdF (Sdt) Kp 1 **	500.00	530.00	67	35'510.00		67		in Übungssold integriert
AdF (Sdt) Kp 2 ***	250.00							
Konferenzteilnehmende	600.00	600.00	6	3'600.00	600.00	7	4'200.00	Pikett- + Telefonentschädigung
Wochenoffizier (Pikett)	318.00	318.00	52	16'536.00	320.00	52	16'640.00	
Sonderfunktionen:								
MWD - Chef				0		1		in Übungssold integriert
C1-118 Fahrlehrer				0		1		in Übungssold integriert
ADL - Chef				0		1		in Übungssold integriert
AS - Chef				0		1		in Übungssold integriert
ADL - Gruppenchef				0		3		in Übungssold integriert
PiF / Kran - Chef				0		1		in Übungssold integriert
ULF - Chef				0		1		in Übungssold integriert
Homepage				0	1'500.00	1	1'500.00	kein Sold, nur Pauschale
Jugendfeuerwehr (JFW)								
JFW- Chef				0		1		in Übungssold integriert
Stv. JFW - Chef				0		1		in Übungssold integriert
Summe				116'824			51'440.00	

* inkl. Teuerung

** im Budget im Konto 3090.00 (Löhne) enthalten

*** mit der Auflösung des Pikettzuges, alle in der Kp 1

In der Pauschalentschädigung sind die Art. 7 der VbEntschVO erwähnten Inanspruchnahmen geregelt.

Sold (Art. 8 VbEntschVO)

In Art. 8 der VbEntschVO wurde der Einsatzsold pro Stunde (Minimum 1 Stunde) auf Fr. 50.00, der Übungssold auf Fr. 35.00 vom Stadtrat gemäss Art. 5 Abs. 2 der EntschVO festgelegt. Für die in der Verordnung über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen und Funktionäre der Stadt Kloten (EntschVO) und diesen Vollzugsbestimmungen aufgeführten Ansätze gilt der Teuerungsstand gemäss Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise (Basis Mai 1993) per November 2000 (Indexstand 106.5 Punkte). Somit beträgt die heutige Entschädigung inklusiv der Teuerung bei einem Ernstfalleinsatz Fr. 53.00 und bei Übungen Fr. 37.10 pro Stunde.

Soldarten	2001	2015 *	2016	Info / Bemerkung
Einsatzsold pro Std.	50.00	53.00	53.00	
Einsatzsold 1. Stunde	50.00	53.00	74.00	GVZ vergütet max. Fr. 70.00
Übungssold Soldat pro Std.	35.00	37.10	42.00	Pauschale in Sold integriert
Übungssold Uof pro Std.	35.00	37.10	52.00	Pauschale in Sold integriert
Übungssold Of, Zugchef pro Std.	35.00	37.00	65.00	Pauschale in Sold integriert
Sold AdjFW pro Übung	0.00	22.50	22.50	AdjFW erhalten nach Übung ein Nachtessen
Dienstleistungen DL	35.00	37.10	48.00	Rangunabhängige DL zugunsten der FW im Auftrag des Kommandos
Fahrschulen FS	35.00	37.10	48.00	Rangunabhängige FS gemäss Jahresprogramm und C1-118-Ausbildungen

Geplante Sondereinsätze, wie die Leitung der Jugendfeuerwehr und Evakuationsübungen, werden mit dem Übungssold entschädigt. Die gleiche Regelung wird auch bei Feuerwehreinstruktionen in Schulen, Kindergärten oder privaten Institutionen angewendet, ausser die Entschädigung wird bereits von der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) oder anderen Institutionen übernommen. Es dürfen keine Doppelzahlungen entrichtet werden.

Kurse

Kursart	2001	2015 *	2016	Bemerkungen
Feuerwehrkurse pro Tag	210.00	222.60	240.00	Kurse der GVZ beinhaltet eine zusätzliche Erwerbsausentschädigung (EO). Bei anderen Kursveranstaltern werden keine EO entrichtet. Alle Kurse müssen durch das Kommando
Feuerwehrkurse pro 1/2 Tag	105.00	111.30	120.00	
Feuerwehrkurse pro Abend	105.00	111.30	120.00	

Finanzielle Auswirkungen

Mit der Umstrukturierung, dass die pauschale Entschädigung um rund Fr. 65'000.00 reduziert wird und in den Sold integriert wird, verhalten sich die Mehrkosten von rund Fr. 15'000.00 im Rahmen und sind im Budget 2016 enthalten. Die Zahlen basieren auf den Einsätzen, Übungen und Kursen im 2013.

	2001 *	2016	Veränderung	
	Fr.	Fr.	Fr.	%
Pauschale im Vergleich 2013	116'824.00	51'440.00	65'384.00	-56%
Einsatzsold im Vergleich 2013	62'431.35	80'741.85	18'310.50	29%
Übungssold im Vergleich 2013	165'555.04	223'668.75	58'113.71	35%
Kursentschädigung Vergleich 2013	47'859.00	51'600.00	3'741.00	8%
Summe	392'669.39	407'450.60	14'781.21	4%
Mehrkosten		14'781.21		

Mit dieser Änderung erhalten die AdF, welche tatsächlich an den Übungen teilnehmen und bei den Einsätzen ausrücken, eine gerechtere und bessere Besoldung.

Spesen

Für die Teilnahme an Kursen, Delegationsanlässen der Feuerwehr etc. stehen die Fahrzeuge der Ortsfeuerwehr gemäss Absprache mit dem Leiter Depot zur Verfügung. Eine Kilometerentschädigung für die Benutzung von privaten Fahrzeugen wird daher nicht ausgerichtet.

Bei Ernstfalleinsätzen, welche über vier Stunden dauern, wird eine Verpflegung organisiert und von der Stadt Kloten übernommen. Die Verpflegungskosten richten sich an die Weisung der GVZ, welche nach vier Std. Einsatzfähigkeit Fr. 22.50 pro AdF und nach acht Std. Fr. 49.50 betragen. Weitere Verpflegungskosten bei anderen Anlässen werden nicht entrichtet. Für die erhöhte Verantwortung wird den Offizieren ein jährliches Essen von der Stadt offeriert.

Für die AdJFW wird kein Sold ausgerichtet. Dafür wird wie bisher nach den Übungen ein Nachtessen für die AdJFW (Menü/Getränk) offeriert. Die Verpflegungskosten richten sich ebenfalls nach den obgenannten Richtlinien der GVZ.

Sitzungsgelder

Im Art. 6 und 7 der VbEntschVO werden die Bedingungen für die zusätzliche Entschädigung von formellen Sitzungen geregelt. Demzufolge wird die Teilnahme an den protokollierten Kommandositzungen mit einer Besprechungsdauer bis 3 Stunden wie bis anhin mit Fr. 106.00 vergütet.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt die neue Entschädigungsregelung für die Feuerwehr Kloten zustimmend zur Kenntnis und verabschiedet die Änderungen in Art. 5 der EntschVO zur Festsetzung an den Gemeinderat.
2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat gemäss Art. 5 Abs. 2 der EntschVO, dass infolge Umstrukturierungen oder Organisationänderungen die Pauschal- und Soldentschädigungen der Stadtrat in eigener Kompetenz vornehmen kann, solange keine Erhöhung der Gesamtentschädigung eintritt.
3. Die neue Entschädigungsregelung und die Verordnungsänderung treten auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

Pascal Walt, Referent der GRPK:

Die Entschädigungsverordnung Teilrevision Feuerwehr ist als Geschäft zu uns in die GRPK gekommen mit der Ausgangslage, dass die Entschädigung geändert werden soll. Ursprünglich letztmalig ist diese im Jahr 2001 das letzte Mal angepasst worden, dies ist rund 14 Jahre her. Mittlerweile wurde die Entschädigung auch AHV-pflichtig, das heisst unter dem Strich ein bisschen weniger. Darum hat der Stützpunktkommandant eine Erhöhung des Soldes beim Stadtrat beantragt. Diese Änderungen hätten eine totale Mehrbelastung der Stadtkasse von Fr. 48'000.00 zur Folge gehabt. Der Kommandant ist dementsprechend gebeten worden, eine kostenneutralere Besoldung vorzuschlagen. Diese Änderung liegt uns jetzt vor. Die Pauschalentschädigung soll die Teuerung der letzten 14 Jahre berücksichtigen. Funktionen sind aufgehoben worden beim Zusammenschluss der zwei Kompanien. Und der Haupteffekt der ganzen Sache ist, dass man die Pauschalentschädigung um 56% etwas mehr als halbiert und dass es auf der anderen Seite mehr Sold gibt. Beim Sold ist es genau das Gegenteil, dort wird es umgelagert, einerseits beim Einsatzsold um plus 27%, beim Übungssold um plus 35% und die Kursentschädigung wird mit einem Halbtagesatz von Fr. 120.00 minimal erhöht. Die totalen Mehrkosten der ganzen Vorlage im Vergleich zu 2013 sind knapp Fr. 15'000.00 bzw. plus 4% Mehraufwand. Die Spesenentschädigungen halten sich im recht kleinen Bereich: Es gibt Verpflegungskosten pro 4- und 8-Stunden-Einsatz und die Angehörigen der Jugendfeuerwehr erhalten anstatt Sold jeweils ein Nachtessen. Dann gibt es noch Sitzungsgelder für das Kommando und das wäre es

dann eigentlich. Das ganze Geschäft liegt eigentlich in der Kompetenz des Stadtrates, dieser möchte dieses aber durch die GRPK geprüft und vom Gemeinderat festgesetzt wissen. Die GRPK hat die Vorlage geprüft – unter Ausschluss von voreingenommenen Personen – und hat diese einstimmig für gut befunden und empfiehlt sie dem Gemeinderat zur Annahme.

Reto Schindler, Tina Kasper und Rico Käser sind bereits in den Ausstand getreten.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Abstimmung im Rat:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die neue Entschädigungsregelung für die Feuerwehr Kloten zustimmend zur Kenntnis und setzt die Änderungen in Art. 5 der EntschVO fest.
2. Der Gemeinderat erteilt dem Stadtrat die Kompetenz, dass dieser infolge Umstrukturierungen oder Organisationsänderungen die Pauschal- und Soldentschädigungen in eigener Kompetenz vornehmen kann, solange keine Erhöhung der Gesamtentschädigung eintritt.
3. Die neue Entschädigungsregelung und die Verordnungsänderung treten auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

6

Voranschlag 2016 / Finanzplanung 2016-2019 (3042)

Die Ratspräsidentin erläutert kurz das weitere Vorgehen:

Eintretensdebatte, Grundsatzdebatte, Detailberatung, Rückkommens-Frage, Abstimmung.

Eintretensdebatte:

Ueli Enderli, Präsident GRPK:

Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2016 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die Fragen der GRPK sind fristgerecht, detailliert und umfassend beantwortet worden. Ich bedanke mich im Namen der GRPK bei allen Stadträten und Verwaltungsangestellten, welche uns mit grossem Aufwand die detaillierten Antworten und Erklärungen lieferten. Ich möchte mich auch speziell bei allen GRPK-Mitgliedern bedanken: Ihr habt trotz dem grossen Zeitdruck einen super Job gemacht. Es ist angenehm, mit Euch zusammen zu arbeiten!

Ich beantrage im Namen der GRPK eintreten.

Abstimmung im Rat:

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Grundsatzdebatte:

Sigi Sommer, Ratspräsidentin:

Der Präsident der GRPK wird – wie auch schon in den letzten Jahren und wie es sich bewährt hat – grundsätzlich über den Voranschlag sagen. Wir werden nicht generell Kapitel, Abschnitte oder Konten durchgehen, sondern nur auf die einzelnen Anträge eingehen, die bereits gestellt worden sind oder eventuell im Rat noch gestellt werden.

Ueli Enderli, Präsident GRPK:

Mit dem VA 2016 ist der GRPK ein mehr oder weniger ausgeglichenes Budget vorgelegt worden. Wie wir aus dem detaillierten Voranschlag entnehmen können, hat bereits der Stadtrat während der Budgetierungsphase Kürzungen vorgenommen und einige Anträge aus der Verwaltung gestrichen. Diese Visualisierung von bereits erfolgten Kürzungen im Budget war für uns sehr wichtig. So konnten wir überhaupt erst erkennen, dass bereits während dem Erstellen des Budgets nach Wichtigem und weniger Wichtigem unterschieden worden ist und dass auch der Stadtrat nicht zu jedem Antrag aus der Verwaltung „Ja und Amen“ gesagt hat, sondern dass auch er sich Gedanken macht, was wirklich notwendig ist und im Budget eingestellt werden muss. Für diese Informationen möchte ich mich beim Stadtrat ganz herzlich bedanken und ich hoffe, dass wir dies auch nächstes Jahr im detaillierten Voranschlag wieder sehen werden.

In diesem Sinne haben wir auch nicht einfach Kürzungen vorgenommen, sondern wir haben mehrmals nachgefragt und sogar auch Objekte besichtigt, um uns eine abschliessende Meinung zu bilden. Leider ist dieses Vorgehen nicht immer von allen verstanden worden. Aber es bleibt dabei, als GRPK haben wir die Pflicht und die Aufgabe, nachzufragen, auch wenn dies mit Aufwand verbunden ist. Dies ist von der Verwaltung zu respektieren, denn so funktioniert das System.

Bei unserer Prüfung sind einige Budgetierungsfehler aufgetaucht, welche wir nun bereinigen können. Bitte erlaubt mir den Hinweis, dass genau diese Fehler durch unsere eingehende Prüfung und das Nachfragen erkannt worden sind. Für mich heisst das, die GRPK hat ihre Arbeit gemacht. Ich weiss, Eigenlob stinkt, aber nichts desto trotz habe ich gedacht, ich muss dies doch auch noch platzieren – das andere hören wir ja genug. Wobei ich ebenso festhalten möchte: Fehler passieren überall wo gearbeitet wird. Dies habt ihr ja alle an unserem ersten Schreiben „Antrag GRPK“ gesehen, welches an den gesamten Gemeinderat, den Stadtrat und die Verwaltung versandt worden ist. Für diesen Fehler möchte ich mich im Namen der GRPK entschuldigen.

Des weiteren haben wir in der GRPK beschlossen, dass die GRPK-Mitglieder heute Abend einzelnen Sparanträgen aus der GRPK oder den Fraktionen allenfalls zustimmen, diese ablehnen oder sich der Stimme enthalten können. Dies obwohl sie in der GRPK eventuell anders abgestimmt haben. Ich verweise darauf, dass in der GRPK keine Stimmenthaltung möglich ist.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Wortmeldungen aus dem Rat:

Reto Schindler, Grüne:

Wir Grünen danken dem Stadtrat und der Verwaltung für den vorliegenden Voranschlag. Er sieht zwar ein Minus von fast 1 Million Franken vor, ist aber im Vergleich zum letzten Jahr sicher ausgewogener. Auch sind die meisten enthaltenen Ausgaben nicht diskutabel und somit notwendig zur Erfüllung der Aufgaben einer Gemeinde wie Kloten.

Genau darum werden die eingereichten Sparanträge von uns heute Abend nur im Fall von Fehlbudgetierungen unterstützt. Alle anderen Kürzungen und Streichungen sind aus unserer Sicht nicht sinnvoll.

Jetzt ist nur noch zu hoffen, dass das budgetierte Minus schlussendlich wieder ein Plus in der Rechnung 2016 wird, so wie es in den letzten Jahren meistens der Fall gewesen ist.

Rachel Grütter, SVP:

Der Samichlaus hat es gesagt, dieses Jahr ist alles etwas anders, etwas lockerer. In der Tat, dieses Jahr habe ich – wie noch nie in den letzten Jahren – in der Nacht vor der Budgetdebatte trotz stürmischen Böen und Wind ruhig und locker schlafen können. Keine 50 Anträge stehen zur Debatte, keine nervenaufreibenden Diskussionen sind geplant. An was liegt das wohl? Böse Zungen haben gesagt, gewisse bürgerliche Politiker hätten sich dieses Jahr eben etwas mehr mit der Weihnachtsbeleuchtung befasst als mit dem Budget. Aber diesen Vorwurf kann ich klar zurückweisen. Auch dieses Jahr hat sich unsere Fraktion sehr intensiv und mit sehr viel Engagement hinter das Budget gesetzt. Besten dank an die GRPK, die alle unseren vielen Fragen ohne zu murren sehr ausführlich beantwortet hat – dies ist nicht selbstverständlich!

Anfänglich sind wir nicht wirklich erfreut gewesen, dass wir trotz allem wieder ein Budget haben von fast 1 Million. Wir sind nicht so erfreut gewesen, dass diverse Positionen, die wir doch letztes Jahr gestrichen haben, einfach wieder im Budget stehen. Ist dies eine „Zwängelele“ oder ist es wirklich nötig? Wir waren auch nicht so erfreut, dass gewisse Stellenerhöhungen vom Stadtrat wieder drin sind, bewilligt worden sind, ja schon umgesetzt worden sind, bevor überhaupt der Gemeinderat den Stellenplan bewilligt hat. Wir waren auch nicht sehr erfreut, dass der Sachaufwand, die Kosten im Sachaufwand, wieder hinauf gegangen sind, wie das eben jedes Jahr ist und wir doch das Gefühl haben, dass in gewissen Abteilungen unser Auftrag noch nicht ganz angekommen ist. Aber nach intensiven Diskussionen und Hintergrundinformationen haben wir doch mit Freude feststellen dürfen, dass das Budget dieses Jahr wirklich mit einer anderen Philosophie und aus einem anderen Grundsatz heraus gemacht worden ist. Der Stadtrat hat doch von sich aus vorgängig bereits an diversen Ecken gespart und hinuntergeschraubt. Geplante Investitionen – wie zum Beispiel die zweite Eishalle – sind nicht mehr im Investitionsplan enthalten. Es hat sich im Sommer in diesem Falle doch gelohnt, mit der Motion „Kasper“ ein bisschen Energie aufzuwenden. Ich denke auch an die letzten Jahre mit den vielen Sparanträgen – auch diese haben sich gelohnt. Wir dürfen jetzt sagen, wir haben den Stadtrat doch zu einem gewissen Umdenken bewegen können. Es ist nicht mehr einfach ein Wunschkatalog für unter den Weihnachtsbaum. Auch wenn heute gewisse Positionen bleiben, die wir letztes Jahr gestrichen haben – zum Beispiel die akustischen Massnahmen im Musikwerk – ist dies nicht einfach, weil wir lockerer geworden sind, sondern weil wir sehen, dass gewisse Sachen jetzt wirklich nötig sind und dass halt auch die finanzielle Situation (im Wissen um die Rechnung 2015) ein bisschen entspannter ist.

In diesem Sinne werden wir sämtlichen Anträgen der GRPK zustimmen (die meisten davon sind Korrekturen). Wir werden aber auch an unseren zusätzlichen, bereits eingereichten Anträgen festhalten. Der eine ist, dass wir weiterhin an den gleichen Tischen, an denen wir jetzt schon sitzen, auch in Zukunft noch sitzen werden und nicht an schönen, neuen Luxustischen. Und der andere wird sicher noch zu Diskussionen führen (dies war auch schon in der Fraktion sehr emotional), das ist die Anschaffung des neuen Radargerätes. In diesem Sinne werden wir mit dem Wissen, dass unser Stadtrat immer sehr sorgfältig budgetiert und mit dem Wissen, dass

das Defizit nach dem heutigen Abend nicht ganz 1 Million, sondern eher eine halbe Million sein wird, diesem Budget zustimmen und auch dem beantragten Steuerfuss.

Suzanne Rieder, EVP:

Ich halte mich etwas kürzer: Die EVP steht voll und ganz hinter dem vorliegenden Budget. An dieser Stelle möchten wir uns beim Stadtrat, bei unserem Stadtrat Mark Wisskirchen, beim Bereichsleiter Hans Baumgartner und der Verwaltung für ihre zuverlässige Arbeit bedanken. Auch an die GRPK ein herzliches Dankeschön. Es ist vorbildlich, auf was für eine transparente Art und Weise das Budget vorbereitet worden ist. Wie schon gesagt, steht die EVP hinter dem Voranschlag inklusive der Änderungsanträge der GRPK, obschon der eine oder andere Streichungsantrag etwas weh tut.

Christoph Fischbach, SP:

Zuerst mal möchten wir sagen: So düster kann es um unsere Finanzen nicht stehen. Wir zahlen 18 Millionen (beziehungsweise so viel ist budgetiert) in den Steuerkraftausgleich ein. Was die Rechnung belastet, sind die grossen Investitionen, die gemacht wurden beziehungsweise noch kommen. Was dieses Jahr kein Thema zu sein scheint, ist der Steuerfuss. Ich habe noch kein Wort davon gehört, vielleicht kommt es dann zum Schluss, aber ich glaube, es ist relativ relaxt über das gesprochen worden. Also gehe ich davon aus, dass sich auch bei der bürgerlichen Seite die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Steuerfusserhöhung vom letzten Jahr ein richtiger Schritt gewesen ist. Das hätte man vorher schon machen sollen, aber das ist jetzt halt einfach so. Und wieso das Thema Steuerfuss auch kein Thema ist, glaube ich jetzt: Weil keine Wahlen vor der Tür stehen. Sobald wieder Wahlen sind, wird wieder die Diskussion über den Steuerfuss losgehen. Ich bin etwas erstaunt über die – ich empfinde es fast etwas als – Selbstgefälligkeit der SVP, wenn sie sagen, durch ihren Druck habe sich der Stadtrat eine neue Philosophie zugelegt beim Budgetieren. Ich glaube viel eher, der Stadtrat hat das genau gleiche gemacht wie immer, nichts anderes. Auch bei den Ausgaben hat man wieder mal gesehen letztes Jahr bei den einen Leuten, was da gekommen ist, was für ein Sturm bei gewissen Anträgen. Eher das hat die SVP etwas umschwenken lassen. beziehungsweise auch in dem Zusammenhang kann man sagen, es sind keine Wahlen, man kann es etwas gelassener sehen. Trotz alledem ist auch bei der Anzahl der Anträge Zurückhaltung geübt worden, was mich natürlich sehr erfreut. Aber nichts desto trotz, die Bürgerlichen haben ein paar Klassiker aus ihrer Mottenkiste gefunden, wo man trotzdem wieder sparen will, beziehungsweise nicht viel gespart wird: Beim Personal, sprich bei der Weiterbildung – finde ich eine optimale Superlösung, gute Idee. Dann wieder Kosmetikanträge: Die Frankaturen will man noch etwas kürzen, weil man da ja kürzen kann, weil es nicht gesetzlich vorgegeben ist, im Betreuungswesen zum Beispiel – ist gut, wenn man dort etwas rumschrauben geht. Sie sind zwar Law-and-Order-Parteien, aber die Strassensicherheit ist ihnen dann doch nicht so viel Wert, dort will man auch wieder das Messgerät kürzen – ist gut. Und dann – was schon letztes Jahr angefangen hat – bei der Weiterbildung der Feuerwehr, das geht auch um das Thema Sicherheit, dort zu kürzen – finde ich auch eine sehr gute Sache. Bitte beachtet meine Ironie.

Trotz alledem: Die SP wird die Sparanträge allesamt nicht unterstützen. Die einzigen Anträge, die wir unterstützen, sind die Fehlbudgetierungen. Alle anderen Anträge werden von uns nicht unterstützt, weil es zum Teil sinnfreie Anträge sind.

Thomas Bieri, CVP:

Die Fraktion der CVP Kloten dankt ebenfalls dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlags 2016. Wir von der CVP Kloten verfolgen – genau wie der Stadtrat – auch das Ziel, dass wir einen Ausgleich der laufenden Rechnung erzielen können. Für die gegenwärtige Ausgangslage bedeutet dies, dass trotz einem guten Ergebnis im laufenden Rechnungsjahr 2015 der Einsatz von Mitteln und Investitionen sorgfältig angegangen werden muss. Der haushälterische Umgang mit unseren Mitteln ist darum ganz klar ein Thema. Und man kann auch sagen, dass die Erhöhung des Steuerfusses im letzten Jahr auf 105% richtig und notwendig gewesen ist. Wir von der CVP sind der Meinung, dass der Voranschlag 2016 mit Sorgfalt

ausgearbeitet wurde und können diesem zum allergrössten Teil zustimmen. Auch wenn Sparen ein Thema ist, können nicht alle Investitionen ausgelassen werden. Auch wo man spart, muss gut überlegt sein. Sparpolitik darf also nicht heissen, dass Kürzungen alleine deshalb vorgenommen werden, damit man sich danach rühmen kann, da und dort noch etwas eingespart zu haben, ohne zu bedenken, dass solche Sparübungen auch reine Inszenierung sein können. Schädlich werden solche Sparübungen, wenn damit notwendige Stellen, die der Entlastung dienen, und Weiterbildungen verhindert werden.

Die Fraktion der CVP Kloten kann darum nicht hinter allen Anträgen der GRPK stehen.

Roman Walt, GLP:

Wir von der GLP möchten uns ebenfalls beim Stadtrat, insbesondere natürlich bei Mark Wisskirchen, bei den Verwaltungsbehörden und natürlich auch bei der GRPK für die grossartige Arbeit bedanken, die ihr alle geleistet habt. Auch für die frühzeitige Zustellung des Voranschlags und allen Materialien einen ganz herzlichen Dank.

Mit Blick auf die langfristige Finanzplanung und mit Blick auf die grossen Investitionen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, werden wir dieses Budget mit dem angesetzten Steuerfuss und den Kürzungsanträgen der GRPK so unterstützen.

Zu den andern Kürzungsanträgen nehmen wir bei der Gelegenheit Stellung.

Beat Vorburger, FDP:

Der Stadtrat legt uns heute Abend ein Budget vor mit einem Aufwandüberschuss von knapp 1 Million Franken. Dieses veranschlagte Budgetdefizit lässt bei der FDP selbstredend keine wirkliche Freude aufkommen. Umso weniger Freude kann aufkommen, weil der Stadtrat auf der Einnahmenseite bei gleichbleibendem Steuerfuss von einer weiterhin sehr deutlich positiven Entwicklung ausgeht. In Zahlen gesprochen: Die Einnahmen steuerseitig plus 3,5 Millionen gegenüber der Rechnung 2014, plus 11,1 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2015. Wir wissen oder haben gehört: Die diesjährige Rechnung wird wahrscheinlich sehr positiv abschliessen. Das ist ja ein schöner Moment aber die Frage stellt sich schon: Sprudeln die Steuereinnahmen wirklich auch in Zukunft so, wie sie das im Moment tun? Unter diesen Umständen, wenn die Einnahmenseite so hoch budgetiert ist, müsste es doch eigentlich schon möglich sein, dass man zumindest eine schwarze Budget-Null ausweisen kann. Aber selbstverständlich: Auch die FDP hat dies wie immer differenziert angeschaut. Und gerade die Ausgabenseite muss man heute Abend differenziert anschauen. Es ist bereits erwähnt worden: Kloten muss als verhältnismässig steuerkräftige Gemeinde einen nicht unerheblichen Anteil der Einnahmen in das Konstrukt des kantonalen Finanzausgleichs abliefern. Das tut uns selbstverständlich – gerade angesichts der anstehenden Investitionen – wirklich weh, aber ändern können wir dies nicht, das ist so. Weiter ist auch zu berücksichtigen, dass im Voranschlag 2016 auf der Ausgabenseite einige Einmaleffekte enthalten sind. Zum Beispiel insgesamt 1,2 Millionen Franken für diverse Gebiets- und Quartierentwicklungen, hinter denen auch ein hohes öffentliches Interesse steht. Ausserdem beinhaltet der Voranschlag 2016 die vorläufig letzte Tranche der vier Jahrestanchen die wir hatten, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gegenvorschlags „Umweltschutz konkret“. Mit dem nötigen Wohlwollen darf durchaus auch seitens der FDP konstatiert werden, dass der Budgetentwurf des Stadtrates dieses Jahr insgesamt ausgewogener daher kommt als auch schon. Und es ist auch nicht ein veritabler Wunschcatalog wie im Vorjahr, das anerkennen wir durchaus. Und so werden wir heute Abend weniger Änderungsanträge zu behandeln haben, als dies auch schon der Fall war.

Es gibt aber schon noch ein „Aber“: Das bedeutet nicht, dass alles in bester Ordnung ist. Das wirtschaftliche Umfeld ist in den vergangenen Monaten spürbar rauer und herausfordernder geworden. Der Werksplatz Schweiz steht vor sehr grossen Herausforderungen, um seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern. Und gerade wir hier in Kloten wissen, was für ein grosses Klumpenrisiko wir haben bei den Steuereinnahmen. Es sind einige wenige juristische Personen, die uns diese Einnahmen generieren. Darum ist es für die FDP weiterhin ganz klar, dass für die Finanzpolitik der Stadt Kloten das oberste Gebot der Stunde auch weiterhin

strikte Ausgabendisziplin ist. Auch wenn wir heute Abend am Schluss an diesem Budgetdefizit noch etwas ändern werden – mutmasslich werden wir irgendwo bei Fr. 650'000.00 Minus landen. Natürlich, es liegt vieles an den sogenannten Sondereffekten, die ich vorher erwähnt habe. Aber nichts desto trotz fordern wir den Stadtrat und die Verwaltung auf, auch nächstes Jahr bei allen Ausgaben wirklich ganz genau hinzuschauen – auch wenn sie im Budget enthalten sind – ist die Ausgabe wirklich nötig oder ist sie nicht nötig. Diese Aufgabe muss man konsequenter angehen denn je. Auch ein paar vermeintliche Kleinausgaben im Tagesgeschäft mit Beträgen von wenigen hundert Franken oder einigen tausend Franken, die müssen wir zuerst verdient haben. Und auf der Einnahmenseite bedeutet das, wenn die Stadt Fr. 10'000.00 ausgibt, für einen einzelnen Steuerpflichtigen von Kloten bedeutet dies doch eine ziemlich hohe Steuerrechnung. Dessen müssen wir uns einfach immer bewusst sein. Und selbstverständlich auch wir als Gemeinderat werden in der Priorisierung von Investitionen und im Rahmen unserer Zuständigkeit weiterhin gefordert sein, die anstehenden Ausgaben konsequent zu hinterfragen.

Es wurde vorhin von Christoph Fischbach gesagt, man habe bis jetzt nichts zum Steuerfuss gehört. Von Rachel Grütter habe ich etwas gehört gehabt, habe es registriert, dass man an diesem Steuerfuss nicht rütteln will. Ich sage gerne auch etwas dazu: Die Bürgerlichen, wir machen nachhaltige Finanzpolitik, unabhängig davon ob gerade Wahlen sind oder nicht. Ausgabendisziplin – das haben wir uns zuoberst auf die Fahne geschrieben, dies ist das A und O von einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wegen dem Steuerfuss: Ich habe hier drinnen heute Abend auch gesagt, es ist richtig gewesen, hat man vor einem Jahr den Steuerfuss erhöht. Da hat die FDP nie etwas anderes gesagt. Was wir gesagt haben: Wir haben es ausgehandelt letztes Jahr, der Stadtrat hätte gerne 107% gehabt, es ist uns gelungen, einen vernünftigen Kompromiss zu schliessen. Die FDP hat sich – heute Abend und auch in den nächsten paar Jahren – festgeschrieben als Ziel für die Stadt, dass wir einen stabilen Steuerfuss haben. Wir wollen kein Auf und Ab. Wir fordern, dass es bei den 105% auch für die nächsten Jahre bleibt, wir stehen hinter diesen!

Viel länger will ich nicht mehr werden, ich wünsche uns eine faire Budgetdebatte.

Keine weiteren Wortmeldungen zur Grundsatzdebatte.

Detailberatung:

Sigi Sommer, Ratspräsidentin:

Es liegen Anträge von der GRPK, der FDP und der SVP vor. Wir starten mit den Anträgen der GRPK:

1210.00 Gemeinderat / 3170.000 Spesenentschädigung

Antrag der GRPK: Streichung des Konstituierungssessens

- Fr. 5'000.00

Peter Nabholz, GRPK:

Wir haben in der GRPK über die Kosten des Konstituierungssessens für die Gemeinderäte und die Stadträte diskutiert und beraten. Ein Teil der GRPK schaut die Übernahme der Kosten durch die Stadt als Wertschätzung gegenüber dem Rat an. Der andere Teil will mit Einsparungen respektive mit der Selbstfinanzierung von uns selbst – wie in einzelnen Gemeinden – als gutes Beispiel vorangehen.

Man hat grossmehrheitlich beschlossen: Der Posten in der Kostenart und der Kostenstelle 1210.00 Gemeinderat / 3170.000 Spesenentschädigung über Fr. 5'000.00 empfiehlt die GRPK zur Streichung.

Wortmeldung aus dem Rat:

Reto Schindler, Grüne:

Ganz sicher ist es ein positives Signal, wenn der Gemeinderat bei sich selbst etwas spart. Fr. 5'000.00 sind aber verglichen mit dem Gesamtbudget ein ziemlich überschaubarer Betrag. Wir lehnen diesen Antrag – wenn auch vielleicht mit etwas Eigeninteresse – ab.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 25 zu 6 Stimmen angenommen.

3210.00 Logistik (Zentrale Dienste) / 3090.000 Allgemeiner Personalaufwand
Antrag der GRPK: Kürzung um Fr. 43'400.00, Festsetzung des Totalaufwands auf Fr. 250'000.00
- Fr. 43'400.00

Christoph Fischbach, GRPK:

Die Mehrheit der GRPK findet es sinnvoll, dass man dieses Konto auf Fr. 250'000.00 streicht. In dem Konto sind hauptsächlich Weiterbildungskosten enthalten.

Der Antrag ist mehrheitlich.

Wortmeldungen aus dem Rat:

Fabienne Kühnis, Grüne:

Auch wir sind für einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern. Kürzungen im allgemeinen Personalaufwand und bei den Post-Fakturierungen sind aber reine Kosmetik im Voranschlag. Schlussendlich kommt es sowieso wie es kommt. Soll die Stadtverwaltung nach Erreichen dieser Grenze einfach keine Post mehr versenden? Oder ist es wirklich förderlich für die Stadt, wenn zu wenig Geld für interne und externe Weiterbildungen für die Mitarbeiter vorhanden ist? Wir lehnen diesen Antrag ab.

Thomas Bieri CVP:

Nachdem wir dem letzten Antrag zustimmen konnten, durchaus als Zeichen, dass wir haushälterisch im Gemeinderat mit dem Geld und dem Budget umgehen wollen, ist dies ein Zeichen in die falsche Richtung. Es geht hier um Bildung, um Weiterbildung und dies sind wichtige Ausbildungsmöglichkeiten, die man so verhindert. Man kann nicht einfach auf Grund von Sparanträgen in den Verwaltungsapparat eingreifen, in dem man wichtige Ausbildungen einfach verhindert. Die Fraktion der CVP kann diesem Kürzungsantrag nicht zustimmen.

Rachel Grütter, SVP:

Einfach zur Richtigstellung um was es wirklich geht: Wir haben in der Rechnung 2014 für diesen Posten Fr. 236'000.00 gebraucht. Im Voranschlag 2015 haben wir Fr. 241'000.00 bewilligt. Und jetzt sind Fr. 293'000.00 drin. Und diesen Posten möchte man einfach wieder auf das Plafond des letzten Jahres herunter holen, auf Fr. 250'000.00 Das heisst also, dass man nicht etwas streicht, sondern dass man es einfach wie bis anhin gehabt belässt.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 21 zu 10 Stimmen angenommen.

3250.53 Schulanlage Hinterwiden / 3120.000 Wasser, Energie, Heizmaterial
Antrag der GRPK: Korrektur der Fehlbudgetierung
- Fr. 52'000.00

Christoph Fischbach, GRPK:

Hier kann ich es ganz kurz machen: Dieser Antrag ist eine Fehlbudgetierung, die wir – wie Ueli Enderli es gesagt hat – festgestellt haben im Prüfungsverfahren.

Darum stellt die GRPK einstimmig den Antrag, den Betrag um Fr 52'000.00 nach unten zu korrigieren.

Keine Wortmeldung aus dem Rat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3250.99 Unterhalt ohne spezifische Zuordnung / 3130.000 Betriebs- und Verbrauchsmaterial
Antrag der GRPK: Korrektur der Fehlbudgetierung
- Fr. 7'000.00

Christoph Fischbach, GRPK:

Hier handelt es sich um eine Fehlbudgetierung auf Grund eines Tippfehlers: Anstatt Fr. 750.00 sind Fr. 7'500.00 eingegeben worden. Darum kann man den Betrag nach Rücksprache mit dem Bereichsleiter Logistik auf Fr. 7'000.00 kürzen.

Diesen Antrag stellt die GRPK einstimmig.

Keine Wortmeldung aus dem Rat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5210.20 Energiestadt / Förderung energetischer Massnahmen / 3180.000 Dienstleistungen Dritter
Antrag der GRPK: Streichung der einmaligen und wiederkehrenden Kosten für das Mobilitätskonzept
- Fr. 136'000.00

Heiri Brändli, GRPK:

Ihr könnt euch sicher erinnern, im Gemeinderat haben wir sehr intensiv über das Mobilitätskonzept debattiert und schlussendlich auch befunden. Dieses wurde abgelehnt. Im Budget ist dies noch drin gewesen, darum muss man dies – gestützt auf diesen Beschluss des Gemeinderates – streichen.

Die GRPK beantragt darum einstimmig, dass man dies aus dem Budget streicht, weil eben der Gemeinderat das Konzept bereits abgelehnt hat.

Keine Wortmeldung aus dem Rat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Reto Schindler ist bereits in den Ausstand getreten.

Abstimmung:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

5260.00 Feuer-, Oel- und Chemiewehr / 3090.000 Allgemeiner Personalaufwand

Antrag der GRPK: Streichung der drei Ausbildungsplätze für die Kommandoausbildung im RISC (Rotterdam International Safety Center)

- Fr. 9'600.00

Rico Käser, Tina Kasper und Reto Schindler treten in den Ausstand.

Heiri Brändli, GRPK:

Auch diese Position war vor einem Jahr schon hier. Wenn ich mich schwach richtig erinnere, haben wir diese auf Grund einer – wortwörtlich – flammenden Rede unseres damaligen Gemeinderatskollegen und Feuerwehrkommandanten teilweise drin gelassen. Wir sind aber noch fast über die Position „drübergeht“, weil im Gegensatz zum letzten Jahr sind jetzt die Kosten für die Ausbildung im RISC mit anderen Weiterbildungskosten im Konto Weiterbildung zusammengefasst. Das Konto beinhaltet gesamthaft Fr. 28'700.00.

Die GRPK ist mehrheitlich der Meinung, dass man den Anteil der RISC-Kaderausbildung streichen kann. Das ist der Anteil von Fr. 9'600.00 aus dieser Kontogruppe. Wie gesagt, die GRPK empfiehlt mehrheitlich, dies entsprechend zu streichen.

Wortmeldung aus dem Rat:

Roland Lieb, SVP:

Ich bin selbst sehr überrascht, dass ich auch dieses Jahr zum selben Thema nochmals hier vorne stehe. Vor rund einem Jahr haben wir hier im Gemeinderat das Budget 2015 bezüglich dem Kadertraining im RISC von Fr. 70'000.00 auf Fr. 26'500.00 gekürzt. Mit der Begründung, dass es genügt, auserwählte hohe Offiziere im RISC ausbilden zu lassen. Nicht das ganze Kader sondern nur auserwählte hohe Offiziere. Jetzt, ein Jahr später, sind wiederum Fr. 9'600.00 budgetiert. Ich habe am 26.11.2015 eine E-Mail von unserer Ressortvorsteherin Sicherheit, Priska Seiler Graf, erhalten, in der erwähnt worden ist, dass bis auf drei Kadermitglieder alle den Kurs jetzt besucht haben. Wie ist das möglich, nachdem man fast mehr als 50% des Budgets gekürzt hat? Eigentlich wollten wir, dass nur die Auserwählten dieses Training machen. Ist hier über der Summe budgetiert worden? Leider ist Priska Seiler Graf nicht anwesend. Aber vielleicht kann mir nachher irgendjemand von euch stellvertretend für Priska Seiler Graf eine Antwort darauf geben. Ich wiederhole mich vom letzten Jahr: Im Kanton Zürich werden die Feuerwehren durch die GVZ ausgebildet. Diese Ausbildung deckt das gesamte Bedürfnis ab. Wenn das nicht so wäre, dann müssten ja alle Feuerwehren in der ganzen Schweiz ins RISC. Ich bin noch immer der Meinung, dass das RISC für wenige auserwählte Offiziere eine gute Sache ist und das unterstütze ich auch. Nicht aber das ganze Kader. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich euch, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 22 zu 6 Stimmen angenommen.

6270.10 Krippenbetriebe / 3014.000 Löhne familienergänzende Betreuung
Antrag der GRPK: Korrektur der Fehlbudgetierung
- Fr. 50'000.00

Pascal Walt, GRPK:

In dem Sachkonto 6270.10 danke ich ganz herzlich für die geduldigen Frage-Antwort-Spiele, vor allem Elsbeth Fässler, Roger Isler und Hans Baumgartner.

In Absprache mit ihnen stellt die GRPK den Antrag auf die Korrektur der Fehlbudgetierung von Fr. 50'000.00.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Keine Wortmeldungen aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7240.10 Stadion / 3110.000 Anschaffung Mobilien
Antrag der GRPK: Streichung der Schlittschuhschleifmaschine
- Fr. 9'000.00

Peter Nabholz, GRPK:

Wir sind in der GRPK grossmehrheitlich der Überzeugung, dass eine externe Vergabe günstiger kommt als die Anschaffung, da damit auch der Lohn der Person, die die Maschine bedient und die Materialkosten wegfallen und eingespart werden.

Keine Wortmeldung aus dem Rat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 22 zu 9 Stimmen angenommen.

3210.00 Logistik (Zentrale Dienste) / 3180.000 Dienstleistungen Dritter

Antrag der FDP: Kürzung des Aufwands Frankaturen Post von Fr. 320'000.00 auf Fr. 280'000.00

- Fr. 40'000.00

Beat Vorburger; FDP:

Ja ich weiss, jetzt kommt das mit den Postfrankaturen. Es ist sicher etwas schwierig und ich muss nicht gross mutmassen: Wir werden wohl nicht durchkommen mit diesem Antrag, aber ich möchte ihn aus zwei Gründen stellen. Wir stellen wie gesagt den Antrag, dass die Postfrankaturen von Fr. 320'000.00 um einen Achtel, sprich um Fr. 40'000.00, auf Fr. 280'000.00 gekürzt werden. Das entspricht übrigens dem, was wir auch im Voranschlag 2015 drin haben. Selbstverständlich ist es auch der FDP klar, dass gesetzlich vorgeschriebene Versande, mit denen kann man nicht irgendwann aufhören, wenn das Budget aufgebraucht ist, das ist schon klar. Aber es geht uns darum, dass wir vielleicht mit dieser Kürzung das Denken unterstützen können, dass man schaut, ist es wirklich immer nötig, etwas postalisch zu versenden, ist es immer nötig A-Post zu machen, kann man vielleicht auch mal B-Post machen, kann man mal etwas zusammenfassen, kann man gewisse Sachen elektronisch machen. Uns geht es eigentlich nur um das, dass man eben da das plafoniert, den Betrag, den wir im Budget 2015 beschlossen haben. Und wenn der Stadtrat überzeugt ist, das reicht nicht, weil – keine Ahnung, Bevölkerungswachstum oder so – dann würde ich zumindest dies bei der Budgetierung erwarten, dass man zu mindestens sagt, warum die Einsparung im konkreten Fall nicht hat umgesetzt werden können. Und solange die Informationen fehlen, sind wir der Meinung, kann man diese Position streichen. In diesem Sinne stelle ich diesen Antrag und bedanke mich für die eine oder andere Stimme nebst der FDP, die dem auch zustimmt.

Wortmeldung aus dem Rat:

Ueli Schlatter, SVP:

Die SVP hat sich mit diesem Thema ausführlich befasst. Die Stadt ist verpflichtet, gewisse Unterlagen als normale Post oder als Charge den Bürgern oder anderen Gemeinden zuzustellen. In der heutigen vernetzten Zeit sollte es eigentlich möglich sein, die Kosten gleich zu halten oder sogar zu senken – ich stimme dem FDP-Antrag voll zu. Das Budget der Stadt Kloten zeigt aber in eine andere Richtung. Der SVP sind auch verschiedene Meldungen von unnötigen Versandarten bekannt. Wir von der SVP sind der Meinung, dass sich der Stadtrat auf Grund des Antrags der FDP der Sache bewusst ist und dass er sicher die nötigen Schritte für eine effiziente Zustellungsart in Zukunft einleiten wird. Betrachten wir den Antrag der FDP als Schuss vor den Bug. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat diese Voten sehr ernst nimmt und mit der Verwaltung die nötigen Sparmassnahmen einleiten wird oder muss. So, dass wir ohne eine Budgetkürzung weitergehen können. Es bleibt beim Vertrauen in den Stadtrat und die Verwaltung für die Umsetzung. Die SVP-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen. Wir werden aber sicher das ganze im Auge behalten.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit einer offensichtlichen Mehrheit abgelehnt.

5270.00 Stadtpolizei / 4370.000 Bussen

Antrag der FDP: Kürzung des Bussenertrags auf Grund des semi-stationären Radargeräts von Fr. 50'000.00; ersatzlos streichen; Festsetzung des Totalertrags auf Fr. 300'000.00
- Fr. 50'000.00

Beat Vorburger, FDP:

Bei dem Konto sprechen wir nun bereits über das, über das wir nachher in der Investitionsrechnung noch sprechen werden: Über das semi-stationäre Radargerät. Darüber sind in diesem Saal bereits einige Male die Wogen hoch gegangen. Es ist so, dass bei den Bussenerträgen der Stadtrat Fr. 50'000.00 Mehrertrag budgetiert, weil man eben ein solches semi-stationäres Radargerät anschaffen möchte. Ich muss ganz ehrlich sagen, ganz unabhängig davon, ob das Gerät nachher aus der Investitionsrechnung hinaus fällt oder nicht – ich möchte dieser Abstimmung nicht vorgreifen – ganz unabhängig davon möchte die FDP diesen Antrag bei den Bussen stellen, dass man den Zusatzertrag hinausstreicht. Konkret von Fr. 350'000.00 Bussentrag auf Fr. 300'000.00, diesen plafonieren. Wir sehen nicht ein, dass eine solche Budgetposition drinstehen muss, schon gar nicht mit einem solchen semi-stationären Radargerät, mit dem man bei jeder Gelegenheit Abzocke am individuellen motorisierten Verkehrsteilnehmer betreiben kann. Das kann es nicht sein.

Keine Wortmeldung aus dem Rat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 18 zu 13 Stimmen angenommen.

Die Ratspräsidentin will zum letzten Antrag der FDP kommen, dem Antrag aus der Investitionsrechnung über die Anschaffung eines semi-stationären Radargerätes.

Ordnungsantrag Rachel Grütter, SVP:

In der Regel geht man beim Budget immer abschnittsweise durch, also jeden Abschnitt und dann alle Anträge. Es ist unüblich, dass man zuerst alle GRPK-Anträge durchgeht und dann alle FDP-Anträge und dann alle SVP-Anträge. Es geht nicht um eine Reihenfolge der Parteien, wer zuerst eingereicht hat, kommt auch zuerst daran. Ich möchte doch bitten, dass man mindestens jetzt – bevor man in die Investitionsrechnung geht – die anderen Anträge zuerst behandelt.

Abstimmung:

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

3222.10 Abschreibungen Verwaltungsvermögen / 3310.000 Ordentliche Abschreibungen VV
Entsprechende Anpassung der Abschreibungen (semi-stationäres Radargerät)
Fr. 50'000.00

Beat Vorburger, FDP:

Mir geht es nicht darum, den Vorrang vor irgendwem zu haben. Ich sage auch nicht all zu viel dazu, ich weiss, es ist um die Führung gegangen.

Ich mache es relativ kurz, jetzt geht es eben um das, was ich vorhin angesprochen habe, um den Radaranhänger, um das semi-stationäre Geschwindigkeitsmessgerät. Ich habe es vorhin bereits erwähnt, wir hatten dies schon mindestens zweimal im Budget. Die FDP hat sich schon immer gegen ein solches Radargerät gewehrt, weil wir ganz klar der Überzeugung sind, dass dies kein wirklich sinnvoller Beitrag ist zur Verkehrssicherheit. Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, dass an sicherheitsrelevanten Orten Radarkontrollen stattfinden – das darf und muss auch sein, das ist so. Aber dies soll immer auch so passieren wie bis anhin, dass eben Polizisten vor Ort sind und dies machen. Ich weiss, es wird jetzt dann sicher ins Feld geführt werden, dass dieser Radaranhänger Teil ist des Konzepts der Stadtpolizei bezüglich der Stellenprozentenerhöhung, weil es eben weniger Personal braucht, wenn man einfach so einen Anhänger hinstellen kann, der die ganze Zeit blitzt rund um die Uhr. In dem Papier, das den Fraktionen und der GRPK zur Verfügung gestanden ist, hiess es, man müsse ca. 85 Mannswochen in der Stadtpolizei Entlastungen erreichen, damit man mit den geplanten Stellenprozenten auch wirklich durchkommt. Dieses semi-stationäre Radargerät ist veranschlagt mit Einsparungen von 5 Mannswochen pro Jahr. Da stellen wir uns schon die Frage, wenn es wegen dem so sein soll, dass das ganze Konzept über den Haufen geworfen wird, wegen diesen 5 Wochen, dann ist es ein ziemlich wackliges Konzept. Und darum hatten wir auch in der GRPK einen durchaus kreativen Vorschlag gehabt und vorgebracht – dieser ist an verschiedenen Stellen nicht auf offenen Ohren gestossen ist – anstatt ein Radargerät anzuschaffen. Sicherheit kostet, das ist so und für Sicherheit geben wir auch gerne Geld aus, diese ist in der heutigen Zeit ein wichtiges und ein hohes Gut, das nicht gratis zu haben ist. Demgegenüber sollte man auch sagen können, dass man die Stellenprocente um 150 erhöht anstatt nur um 120. Einfach Hauptsache – und da stehe ich dazu – Hauptsache dieses Radargerät fällt hinaus. In diesem Sinne stellen wir den Antrag, dieses aus der Investitionsrechnung hinaus zu streichen. Wir sprechen von einer Investition von Fr. 250'000.00, die jährliche Abschreibungen von Fr. 50'000.00 generiert.

Heiri Brändli, EVP:

Ich habe etwas ein Durcheinander: Wenn wir zu dieser Abschreibung ja sagen, ist automatisch die Investitionsrechnung logischerweise auch erledigt. Aus meiner Sicht hätte man also genau genommen zuerst über die Tische abstimmen müssen, wenn man Rachel Grütter gefolgt wäre und nicht über das. Weil Abschreibungen muss man von mir aus gesehen gar nicht bringen für das Budget. Diese regeln sich automatisch rein rechnerisch (Hans Baumgartner kann mir sonst sagen, es stimme nicht), wenn man nämlich die Investitionen kürzt, ist logischerweise die Abschreibung nämlich auch tiefer. Zumindest habe ich es mal vor langer Zeit halbwegs so gelernt.

Beat Vorburger hat das vorhin nach meinem Dafürhalten etwas einfach gesagt, im Sinne, der Stadtrat hat da ein bisschen etwas gemacht, irgendwo etwas Prozente und nur 5 Wochen... Ich bin der Meinung, der Stadtrat und die Verwaltung haben eine sehr gute Grundlage mit einem externen Berater erarbeitet, in der Puzzlesteine zusammengesetzt worden sind, wie die Polizei arbeiten muss, wie sie arbeiten darf, was hat sie für Mittel. Und dort drin ist klar und eindeutig festgestellt worden, dass sie zu wenig Mittel hat, um die Anforderungen, die man heute an sie stellt – wir sprechen von der Stadtpolizei und nicht von der Kantonspolizei, die bei den Kloten Flyers tätig ist – dass sie eigentlich zu wenige Mittel dazu hat. Ein Puzzlestein ist, dass man das Personelle, also den Etat, um 120% erhöht – dies ist überhaupt kein Thema, Gott sei dank ist dies kein Thema, ich habe eigentlich immer erwartet, dass dies auch noch in Frage gestellt wird. Aber einer dieser Puzzlesteine, die nahtlos ineinander greifen, ist eben auch dieses Radargerät. Man

kann schon sagen, es gibt nur 5 Mannwochen, aber 5 Mannwochen sind immerhin eben 5 Mannwochen. Und schlussendlich habe ich das Gefühl, setzt man die Leute, den Menschen, besser dort ein, wo man ihn eben auch benötigt als Menschen und nicht dort, wo man auch eine Maschine hinstellen kann. Ab und zu ist es mir wirklich so vorgekommen, als hätten gewisse Bürgerliche Angst, zu viel bezahlen zu müssen oder in der 30er-Zone zu viel geblitzt zu werden. Ich hoffe, es ist nicht so. Aber ich glaube die Sicherheit auch in den Quartierstrassen ist wirklich wichtig und gerade in den 30er-Zonen kann man viel erreichen mit so einem Radargerät. Das zeigen auch gewisse Untersuchungen in anderen Städten, die es schon gibt. Ich persönlich finde es nicht fair, wenn man ein Konzept macht, das aufzeigt, was die Stadtpolizei für Mittel haben sollte, wo die Politik einen klaren Anforderungskatalog vorgibt, was sie erfüllen muss, und wir als Politiker wieder einen Puzzlestein hinausnehmen und sagen: Neinnein, macht das jetzt anders. Das ist von mir aus gesehen nicht richtig und nicht fair gegenüber den Leuten, die einen tollen und einen guten Job machen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir das Radarmessgerät beibehalten müssen im Budget, dass man dieses anschaffen soll. Mit dem Wissen auch für mich persönlich – ich fahre manchmal auch etwas zu schnell – dass es tatsächlich auch mich mal erwischen kann.

Reto Schindler, Grüne:

Ich fühle mich in Kloten sicher und möchte auch, dass dies so bleibt. Dazu braucht es laut Expertenbericht eine Aufstockung des Polizeipersonals um 300 Stellenprozente. Ohne diese Erhöhung müssten Einbussen bei verschiedensten Bereichen der Aufgabenerfüllung in Kauf genommen werden. Unter anderem mit der Anschaffung eines semi-stationären Geschwindigkeitsmessgerätes würde die Polizei soweit entlastet, dass man auch mit einer Erhöhung um 120 Stellenprozente auskommen würde. Jetzt möchten die beiden Fraktionen, die im Rat die Mehrheit haben, dieses Gerät und die damit verbundenen Abschreibungen vom Voranschlag streichen. Meines Wissens sind sie aber für die Erhöhung um 120 Stellenprozente. Das geht für mich nicht auf. Man kann nicht zwei voneinander abhängige Faktoren trennen und das gleiche Resultat erzielen. Das ist nicht sachlich. Wir lehnen diesen Antrag konsequenterweise ab.

Thomas Bieri, CVP:

Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum man dieses Messgerät jetzt nicht beschaffen sollte. Es ist gesagt worden, es hat eine saubere Abklärung der Ausgangslage gegeben, diese hat aufgezeigt, dass es ein Bestandteil der Situation ist, damit die Polizei gut arbeiten kann. Es gibt auch aus verkehrssicherheitspolitischen Überlegungen überhaupt keinen Grund, davon abzusehen. Das macht Sinn, dass geblitzt wird in 30er-Zonen und es ist auch nicht unsere Sache irgendwie festzulegen, sei es nach oben oder nach unten, wie hoch die Bussen ausfallen sollen. Bussen gibt es, wenn sie fallen. Darum ist die CVP-Fraktion dagegen, dass man dieses Messgerät streicht.

Sven Heinzelmann, SVP:

Zuerst möchte ich klar stellen, dass die SVP Kloten bzw. die Fraktion klar sicherheitsfördernd in unserer Stadt ist, aber im angepassten und vernünftigen Rahmen. Die Hauptaufgaben unserer Stadtpolizei sind sicher nicht Geschwindigkeitsmessungen. Durch die Stellenprozentenerhöhung die wir bei der Stadtpolizei haben, sind in Zukunft sicher genügend Ressourcen vorhanden, um temporäre Messungen zu machen, zum Beispiel beim Schulanfang. Bei uns ist die Meinung, dass es wirksamer ist, wenn eine Person vorhanden ist – in diesem Falle der Polizist – als wenn einfach eine Blechkiste in der 30er-Zone steht. Was ich noch nicht gehört habe, ist etwas über die administrativen Aufwände, die entstehen durch so eine Kiste. Sie sind sicher wesentlich höher als bei temporären Messungen, bei denen das Geld gleich eingezogen wird. Zudem kann es nicht sein, dass die Stadtkasse immer mehr und mehr mit Bussengeldern aufgebessert wird. Darum möchten wir die Streichung des semi-stationären Geschwindigkeitsmessgeräts.

Roman Walt, GLP:

Es gibt Punkte, die ich unterstützen kann auf Seiten der SVP und der FDP. Ich persönlich hätte es auch lieber, wenn man zwei Personen hinstellt mit der Pistole in der Hand. Zum Beispiel bei uns im Quartier Hohrainli, wo wir seit kurzem 30er-Zonen haben, um dort Messungen zu machen. Es sind viele Kinder unterwegs, es sind viele Akteure involviert und vier menschliche Augen sehen vielleicht doch etwas mehr als ein technisches. Wir haben es aber schon vorhin gehört: Wir haben ein Ressourcenproblem. Wir haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Wir haben eine Polizei, die ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen hat. Und wir haben sogar eine Analyse, die uns zeigt, wie man ohne zusätzlichen Personalaufwand die Ressourcen so einteilen könnte, dass die Polizei ihre Arbeit bestmöglich erledigen kann. Hier geht es nicht mehr um ein „nice to have“, wie man es häufig hört, sondern es geht darum, die vorgeschriebenen Aufgaben der Stadtpolizei zu erfüllen oder zu ermöglichen, dass sie diese erfüllen kann. Mit der technischen Unterstützung durch dieses Messgerät ermöglichen wir, dass man die Polizeikräfte bündelt, ohne einen wichtigen Sicherheitsaspekt im Strassenverkehr zu vernachlässigen. Ich stimme zu, es ist nicht das Kerngeschäft, aber es ist ein Aspekt, den die Polizei abdecken muss. Mit den Fr. 250'000.00, die in der Investitionsrechnung eingestellt sind, investieren wir heute knapp 0,3 Steuerprozent, um die Sicherheit im Strassenverkehr zu erhöhen – dies ohne die Bussen, die wir vorhin sowieso gestrichen haben und die Lebensdauer des Gerätes zu berücksichtigen. Es ist klar, es kann immer etwas passieren, Thema Sicherheit. Es gibt keine totale Kontrolle und wir wollen diese auch nicht, selbst wenn es die totale Kontrolle gäbe. Aber einen Bruchteil an Steuersubstrat dafür einzusetzen, die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passiert – sei das ein Unfall mit einem Kind, einem Erwachsenen oder ein Selbstunfall, darauf kommt es nicht an – wenn wir diese Wahrscheinlichkeit vermindern können, gibt es wenig sinnvolles, wo man Geld investieren kann.

Martin Jegge, EDU:

Wir haben heute Abend schon ein paar Mal etwas gehört von dem Konzept, von dieser Beurteilung, von dieser Analyse. Einfach noch als Information wer diese Analyse gemacht hat: Gemäss meiner Information ein pensionierter Polizist von Bern. Keine neutrale Person, ein Kollege, ein Polizist. Ich kann mir schlecht vorstellen – um es ganz lapidar zu sagen – dass die eine Krähe der anderen ein Auge aushackt. Ich als Polizist würde wahrscheinlich auch „pro Polizei“ urteilen. Jetzt gehen wir einfach mal davon aus, dass er das ganz sauber gemacht hat und eben nicht parteiisch war. Das Konzept mag jetzt da vorliegen. Ein kleiner Bruchteil davon beinhaltet dieses Radargerät. Kann es wirklich sein, dass die Stadtpolizei einer Stadt wie Kloten den Auftrag hat, Verkehrsgeschwindigkeitskontrollen zu machen, die ein solches Gerät erfordern? Im Wissen, dass wir ein Radarmessgerät haben, das halt einfach etwas personalintensiver ist. Ich als Anwohner und Einwohner von Kloten in einer 30er-Zone in der Nähe eines Schulhauses, in dem auch meine Kinder zur Schule gegangen sind, habe von der damaligen Zeit bis zur heutigen Zeit nie einen Polizist mit Radar gesehen (ich bin aber nicht immer zu Hause, nicht 24 Stunden auf der Strasse). Wenn ich mir bei mir, bei uns oben in der Sonnhalde, im Neubrunnen-Quartier, die Geographie anschau, dann frage ich mich: Wo um Himmels willen will man ein solch massives Gerät überhaupt aufstellen, dass es so Sinn macht, dass wenn dann einer zu schnell fahren sollte, dass er auch hinein fährt? Das sieht man an jeder Ecke. Präventiv wirkt es, jawohl, richtig, das kann man so sagen. Aber dann generiert es auch die Fr. 50'000.00 jedes Jahr nicht, die da budgetiert worden sind und die wir vorhin hinaus gestrichen haben. Man kann es machen und anschauen wie man will, dieses Gerät dient weder zur Sicherheit von unseren Strassen noch dient es irgendeinem anderen Zweck. Ausser, dass man Geld in die Kasse generiert. Und das kann und darf nicht der Zweck dieses Gerätes sein und auch nicht die Aufgabe unserer Stadtpolizei.

Mathias Rieder, GPLP:

Ich weiss nicht genau, du wohnst hinten an der Sonnhalde. Du hättest mal vorne an der Lägerstrasse wohnen müssen, als unten die Schaffhauserstrasse umgebaut worden ist. Um 12 Uhr Mittags musste jeder möglichst schnell zu Hause sein und konnte nicht an der Schaffhauserstrasse warten, bis das Lichtsignal

wieder auf grün war, sondern hat oben bei uns durchfahren müssen. Nicht bei euch hinten in der Sonnhalde, sondern bei uns vorne, wo es übrigens sehr gute Positionen gibt, um so etwas hinzustellen. Und zwar sind sie um 12 Uhr nach Hause gekommen, als die Schüler die Schule „aus“ hatten. Und zum Glück mussten sie um 13 Uhr schon wieder zur Arbeit, die Schüler kommen erst um 13.30 Uhr. Aber dort hätte man sehr gut für Sicherheit sorgen können. Und dort hätte man auch abkassieren können. Du hast vorhin von Abzocke gesprochen, es ist so etwas zwischen drin. Auf der einen Seite muss man sich als Autofahrer an das halten, was vorgegeben ist. Sonst müsste man es gar nicht aufstellen, sonst könnte man alle Geschwindigkeitsbeschränkungen abbauen, wenn man sie ja nicht braucht. Die Geschwindigkeitsbeschränkung ist eigentlich da, um sich daran zu halten – oder nicht? Und dies muss man irgendwie kontrollieren können. Und wenn man das nicht macht, ja gut... Dann kann man von Abzocke sprechen, aber es geht nicht um die Abzocke. Es hat offensichtlich hier bei uns, in unserer Gesellschaft, Leute, die bei einem Schulhaus mit 80 km/h durchfahren. Es sind eben nicht alle vernünftig, so wie wir hier drinnen, sondern es gibt offensichtlich noch andere. Das muss man kontrollieren. Und das – finde ich – ist ein grosser Beitrag an die Sicherheit. Die Sicherheit gerade beim Schulhaus, für unsere Schüler, unsere Kinder. Deine Kinder sind schon draussen, meine mehr oder weniger auch, aber ich finde trotzdem, dass man hier durchaus von Amtes wegen dahinterstehen und schauen könnte, was da passiert.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 18 zu 13 Stimmen angenommen.

7260.10 Konferenzzentrum / 3150.000 Unterhalt Mobilien

Antrag der SVP: Keine Anschaffung von 140 Tischplatten, Kürzung um / Streichung von Fr. 100'000.00
- Fr. 100'000.00

Ueli Schlatter, SVP:

Die SVP-Fraktion hat sich mit dieser Angelegenheit intensiv beschäftigt. Thema über die Notwendigkeit, Thema über die momentane finanzielle Lage der Stadt Kloten, Thema auch die Erneuerung des Stadtsaals und die jetzigen Tische. Dies sind die wichtigsten Aufzählungen, die wir behandelt haben. Sie sitzen alle hinter diesen Tischen und ich frage Sie: Sind diese in einem solch desolaten Zustand, das sie ersetzt werden müssen? Kosten von Fr 100'000.00 für 140 Tische. Die SVP betrachtet diese Tische im jetzigen Zeitpunkt noch als voll tauglich. Und geht man dem Gerücht nach, dass wir in der SVP den traurigsten Sitz hätten heute Abend, dann muss ich sagen, dann stimmt es wirklich, dann sind sie wirklich genügend. Sie genügen für Sitzungen, für das Blutspenden, wenn die Leute sich darauf legen, bei Ausstellungen und sollte mal ein Essen im Stadtsaal stattfinden, sind die Tische immer abgedeckt. Schauen Sie vielleicht auch einmal in einem noblen Hotel unter die Tischdecke, Sie werden staunen, was Sie darunter entdecken werden. Die Tische sind abgedeckt, der Gastgeber und die Gäste sind zufrieden, denn sie sehen das, was zuoberst ist. Wir müssen vielleicht einmal etwas vom Rolls-Royce-Gedanken herunterkommen. Sind wir uns der Bedürfnisse bewusst, streichen wir den Posten damit wir zum jetzigen Zeitpunkt kein unnötiges Geld ausgeben und lieber diese Investition verschieben. Die Fraktion ist für die Streichung dieses Postens.

Christoph Fischbach, SP:

So viel es mir ist, sind dies beinahe 40-jährige Tischplatten, deren Lebensdauer ist abgelaufen und es soll auch keinen Rolls-Royces geben. Ich bin der Meinung, dass wenn die SVP so nostalgisch an ihren alten Tischen hängt, dass man 7 Tische für die SVP behält, damit sie diese weiterhin brauchen können. Es gibt auch andere Anlässe hier drin ausser Blutspenden, wo die Leute auf den Tischen liegen, sondern auch andere, wo die Tische nicht abgedeckt sind, wo ich es begrüßen würde, wenn – entsprechend dem Saal, der schön neu gemacht wurde – die Tische auch dazu passen. Und dann müssen wir auch ehrlich sein: Der Stadtrat ist da wahrscheinlich zu ehrlich gewesen. Ich hätte es wahrscheinlich so gemacht, ich hätte innerhalb der Bauabrechnung die Tische gekauft, dann wäre dieses Thema gar keines gewesen.

Fabienne Kühnis, Grüne:

Diese Tischplatten stammen aus dem Jahr 1976. Auch wenn wir Grünen Langlebigkeit loben, ist es Zeit, diese auszuwechseln. Vor allem jetzt, da der Saal in neuem Glanz glänzt und man mit Konkurrenz mithalten will, vor allem mit derjenigen aus der Privatwirtschaft. Dort würden diese Tische nämlich auch ausgewechselt werden, vor allem wenn sie professionell sind. Wir sind darum gegen den Antrag.

Heiri Brändli, EVP:

Eine Auflistung zeigt, dass diese Tische alt sind. Dies ist tatsächlich so, ich bin lange genug dabei. Ich war auch schon Catering-Business tätig und es ist tatsächlich so, dass immer dort, wo es ein Tischtuch gegeben hat, hat man immer die ältesten Tische darunter gestellt, so dass es ja niemand sieht. Es gibt noch ein paar andere Aspekte, zum Beispiel die teilweise unterschiedliche Höhe, das kann man so auch eliminieren. Aber auch für das Personal: Diese Tische sind auf gut Deutsch gesagt verdammt schwer, neue Tischplatten sind nicht die Hälfte so schwer. Und stapeln kann man sie auch besser, weil auch dies ist ein Thema von der ganzen Logistik her und ich finde es ehrlich schäbig, wenn man so einen schönen, neuen Saal hat, wenn man jetzt diese Tische nicht ersetzt. Natürlich, man kann damit leben, man kann damit weiter arbeiten. Aber es ist eigentlich ein Armutszeugnis wenn Fr. 100'000.00 Investition ist es eigentlich, das könnte man theoretisch sogar noch abschreiben. Auf die Lebensdauer – die neuen Tische halten sicher auch wieder 40 Jahre – muss

ich sagen, ist es eigentlich läppisch. Eine Vermietung mehr – und ich traue das Kurt und seinen Leuten zu – bringt diese Kosten bereits wieder rein.

Beat Vorburger, FDP:

Die FDP hat diesen Antrag sehr intensiv diskutiert, mehr als einmal. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass man nach einer 40-jährigen Lebensdauer und jetzt, da wir einen renovierten Stadtsaal haben – wir haben den Posten auch nicht das erste Mal im Budget – sind wir durchaus der Überzeugung, dass eben auch eine optische Auffrischung im Bereich des Mobiliars angebracht ist nach 40 Jahren. Dies spielt hoffentlich auch in die Hände der Vermarktung, dort erhoffen wir uns, dass wir so etwas beitragen können. Wie gesagt, wir haben uns fraktionsintern schwer getan mit dieser Entscheidung, aber wir werden den Antrag der SVP heute Abend einstimmig ablehnen.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 14 zu 17 Stimmen abgelehnt.

Investitionsrechnung / 110 Polizei / 5060.010 Semi-stationäres Geschwindigkeitsmessgerät

Antrag der SVP: Verzicht auf Kauf

Antrag der FDP: Ersatzlose Streichung

- Fr. 250'000.00

Sigi Sommer erteilt Sven Heinzelmann von der SVP das Wort.

Sven Heinzelmann, SVP:

Ich glaube es bringt nichts, wenn ich nochmals etwas sage. Oder wollt ihr eure Meinung noch ändern?

Verschiedene Ratsmitglieder verlangen durch Zwischenrufe die direkte Abstimmung.

Irina Bannwart, 1. Vizepräsidentin Ratsleitung:

Geredet wurde bereits.

Sigi Sommer, Ratspräsidentin:

Geredet schon, aber der Antrag muss noch erledigt werden.

Christoph Fischbach, SP:

Entschuldigung, aber in meinen Augen war dies vorhin eine Phantom-Diskussion. Jetzt geht es eigentlich um das Semi-Messgerät. Darum habe ich auch bewusst mit meinem Votum gewartet. Von mir aus geht es jetzt darum, um das Semi-Messgerät.

Ich habe mich schon etwas gewundert, über gewisse Argumente. Das erste was mich sehr gewundert hat, ist, dass die FDP so lapidar sagt, ja gut, da können wir ja das Semi-Messgerät hinausstreichen, auch wenn wir mehr Personalkosten haben. Und sonst: Jeder Posten, jedes Zehntel Prozent beim Personal, wenn der Stadtrat oder die Verwaltung das Gefühl hat, das braucht man mehr, wird hinterfragt und aufs Genaueste hinterfragt und angeschaut und wird als unnötig tituliert. Und hier einfach sagt man einfach so: Das ist es. Das zweite ist – das muss ich ganz ehrlich sagen – das lächerlich machen dieses Berichts. Die Aussage, das sei ein parteisches Gutachten. Weil es von einem ehemaligen Polizisten für ein Polizeikorps ist, dass es darum gar nicht sachlich sein kann, nicht neutral. Das gibt es nie, das gibt es nie so etwas. Wenn ihr diesen Bericht gelesen habt oder wir sind in der GRPK informiert worden: Was die Stadtpolizei jetzt macht, da müsste man 300 Stellenprozente erhöhen. Ein Teil ist dieses Semi-Messgerät. Dieses Semi-Messgerät ist eben eine sinnvolle Geschichte für die Sicherheit. Da wundere ich mich schon: Euch ist – das haben wir jetzt ja gehört – die Strassensicherheit nicht viel wert. Sagen wir mal, das Wichtigste ist die Prävention, wenn so ein Kasten steht, nur schon dies bringt extrem viel. Dann fahren die Leute weniger schnell. Und es ist sinnvoller wenn ein Kasten dort steht als zwei Polizisten mit einer Pistole. Das Thema mit der administrativen Bearbeitung danach, das ist in dem Konzept auch berücksichtigt. Es ist in meinen Augen und auch für das Gericht sinnvoller, wenn die Bussenverfügung danach von einer anderen Kraft gemacht wird, die vielleicht etwas weniger teuer ist als ein Polizist oder zwei Polizisten die dort stehen und die Bussen gleich cash einziehen. Und eben, auch da ist nochmals zu sagen, es ist unsäglich, wenn man von Abzockerei spricht, wenn man das Gesetze einhalten nicht beachtet. Das ist keine Abzockerei. Jeder der zu schnell fährt, fährt zu schnell, der hat eine Busse zu bezahlen. Das hat überhaupt nichts mit Abzockerei zu tun. Es ist auch schon gesagt worden: Wir müssen gar keine Gesetze haben, wenn wir sie nicht überwachen können. Darum finde ich es schon fragwürdig, wenn man sich so vehement dagegen wehrt und das Gefühl hat, dass man besser teure Mannskraft einsetzt anstatt Technik. Da habe ich wirklich extrem Mühe, wenn man es so macht. Die SP lehnt diesen Antrag ab.

Sigi Sommer, Ratspräsidentin:

Ich möchte noch darauf hinweisen, ich möchte einfach der Form halber über diesen Posten abstimmen.

Ueli Enderli, SVP:

Es ist mir schon noch ein Anliegen, noch gehört zu werden. Es heisst da von der rechten Ecke her, wir wollen keine Kontrollen und wir seien gegen die Sicherheit. Und das möchte ich ganz vehement bestreiten. Die Stadtpolizei oder die Kantonspolizei bietet die semi-stationären Messgeräte an, man kann diese dort anfordern, dann werden diese hingestellt. Und das ist ja nicht gesagt, dass man dies nicht machen kann bei der Stadt Kloten. Warum kann man nicht solche nehmen? Warum muss die Stadt Kloten ein eigenes Messgerät haben? Es wäre mir schon noch wichtig: Ich glaube, hier drinnen ist die Sicherheit allen wichtig. Aber es muss doch nicht jede Gemeinde ein eigenes Gerät haben. Man kann es auch anfordern und dann erhält man es auch, wie es in der Vergangenheit schon mehrere Male gewesen ist.

Maja Hildebrand, SP:

Ich glaube, ein Gedanke, der mich überzeugt für die Anschaffung eines solchen Geräts, ist, dass die Kontrolle auch in der Nacht gewährleistet ist und der zeitliche Aufwand für Manpower oder auch Womenpower dann nicht so ins Gewicht fällt, weil er zeitlich kompensiert werden müsste. Das ist ein ganz anderer Gedanke, aber Tempobeschränkungen gelten nicht nur tagsüber sondern sie gelten auch nachts: Und diese nachts mit einem Blechpolizisten zu kontrollieren finde ich allemal sinnvoller, als einfach die Leute nachts noch zusätzlich hinaus zu schicken.

Reto Schindler, Grüne:

Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen aber noch zu Ueli Enderli: Es sei nicht so einfach, dass einfach jeder ein solches semi-stationäres Messgerät haben könnte. Es gäbe noch genug Gemeinden, die das gerne ausleihen würden, aber es sei nicht wirklich so einfach, hat man uns gesagt, als man uns die ganze Stellenprozentenerhöhung für die Polizei vorgestellt hat.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 18 zu 13 Stimmen angenommen.

Gibt es weitere Anträge, die der Ratsleitung nicht vorliegen?

Keine Wortmeldung.

Steuerfuss-Debatte

Ueli Enderli, GRPK:

Die GRPK ist anlässlich der letzten Budgetdebatte den Vorschlägen des Stadtrates betreffend Steuerfuss zumindest teilweise gefolgt und hat einer Erhöhung des Steuerfusses auf 105% zugestimmt. Dies unter Berücksichtigung der Begründung des Stadtrates, dass er den Steuerfuss nicht jedes Jahr anheben möchte oder dieser gesenkt werden solle. Dies hat für uns einen Sinn ergeben, darum haben wir dieser teilweisen Erhöhung auch zugestimmt. Und meines Wissens hat dies nichts mit Wahlen oder vor den Wahlen zu tun gehabt, sondern mit den Argumenten des Stadtrates, die wir nachvollziehen konnten. Wir haben jetzt gesehen, dass diese Vorgabe beim vorliegenden Budget eingehalten wird. Und aus diesem Grund haben wir dem Steuerfuss 2016 einstimmig zugestimmt.

Ich beantrage im Namen der GRPK den Steuerfuss auf 105% zu belassen.

Wortmeldung aus dem Rat.

Silvan Eberhard, SVP:

Wir sind in der Eintretensdebatte kritisiert worden, wir machen nichts am Steuerfuss und immer nur, wenn Wahlen sind. Ich bin nun auch schon eine Zeit lang dabei, ich habe noch nie irgendwann in der Fraktionssitzung gehört, dass wir nur etwas machen, weil gerade Wahlen sind. Das möchte ich einmal betont haben. Wir sind letztes Jahr mit dem Steuerfuss nach oben, unter anderem weil wichtige Investitionen – unter anderem rund Fr. 100 Millionen in unsere Schulhäuser – anstehen. Wir haben damals betont, dass wir hinauf gehen und dass wir dies auch über eine gewisse Zeit belassen wollen, während der diese Investitionen getätigt werden müssen und es auch den Steuerertrag braucht. Wir haben es in den strategischen Leitlinien, dass wir einen konstanten Steuerfuss haben wollen. Zu diesen strategischen Leitlinien stehen wir auch. Und darum sind wir auch nicht der Meinung, dass man jedes Jahr daran rütteln muss. Und darum folgen wir dem Antrag des Stadtrates und belassen diesen so bei 105%.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Abstimmung über die Annahme des Steuerfusses 2016 von 105%:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir haben nun über alle gestellten Anträge gesprochen und abgestimmt. Wird ein Rückkommen verlangt?

Keine Wortmeldung.

Schlussabstimmung über den Voranschlag 2016 inklusive aller angenommenen Anträge.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2016 inklusive aller angenommenen Änderungen angenommen.
2. Der Gemeinderat hat den Steuerfuss 2016 auf 105% festgesetzt.

Wir sind jetzt am Ende dieser Sitzung angelangt. Wann die nächste Sitzung stattfinden wird, ist noch nicht bekannt, aber darüber wird euch die Ratsleitung rechtzeitig informieren. Allerdings sehen wir uns alle am Dienstag, 12.1.2016 zu einer Informations-Veranstaltung. Abmeldungen bitte wie gewohnt an die Ratsleitung.

Es hat eine Spendenkasse für die Samichlausgesellschaft – die grüne Kiste hier vorne – und wir alle würden uns freuen, wenn dort der eine oder andere Franken hinein kommt.

Mit den Worten des Samichlaus‘, sich mehr Handy-freie Zeit zu gönnen und am 15.12.2015 den ganzen Tag zu versuchen, dem Handy abzusprechen, möchte ich euch hiermit entlassen in diesen heutigen Abend und ich würde mich freuen, wenn ihr noch meiner Einladung ins Restaurant Schluweg folgen würdet.

Schluss der Sitzung: 20:25 Uhr

Geprüft und genehmigt:
Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Sigi Sommer
Präsidentin

Irina Bannwart
1. Vizepräsidentin

Walter Beer
2. Vizepräsident

